



Abgeordnete der Fraktion
in der Hamburgischen
Bürgerschaft

DIE LINKE.

Bürger:innenbrief

16. März 2021

Einfamilienhäuser +++ Corona-Schulzählenspiele +++ Ostermarsch! +++ SAGA-Verkäufe +++ Warum Staatsverträge?

Liebe Leserinnen und Leser,



Hintergrund: Auf Abstand bleiben ... (Carl-von-Ossietzky-Platz, Foto: Michael Joho;
Textfoto: vom Schaufenster Antiquariat Pabel am Michel, Heike Sudmann)

das erste Quartal des »neuen« Jahres ist schon wieder fast rum, und irgendwie sind wir – gefühlt – immer noch auf dem Stand vom März 2020, als Corona gerade seinen Anfang nahm. Eines hat sich allerdings ganz sicher verändert, und das stimmt auch nicht eben heiterer: Die zehn reichsten Milliardär:innen der Welt »haben sogar trotz der Krise profitiert und satte Gewinne eingestrichen: Insgesamt sagenhafte 1,12 Billionen US-Dollar beträgt ihr Vermögen jetzt. Ein Anstieg um fast eine halbe Billion seit 2019 – das wäre mehr als genug, um die gesamte Weltbevölkerung gegen Covid-19 zu impfen. Die Ärmsten hingegen werden immer weiter abgehängt.« Wer es genau wissen möchte, schaut sich die Ende Januar erschienene Oxfam-Studie mit dem bezeichnend-schaurigen Titel »Das Ungleichheitsvirus« an (<https://www.oxfam.de/ueber-uns/aktuelles/oxfams-studie-sozialer-ungleichheit-corona-krise-reichsten-schon-vorbei>).

In der Linksfraktion läuft seit einigen Wochen die – zunächst fachpolitische – Erörterung des Doppelhaushalts 2020/2021. Damit werden wir auch noch die nächste Zeit über zu tun haben, bis dann die Generaldebatte und Beschlussfassung in der Hamburgischen Bürgerschaft in der Zeit 1. bis 3. Juni erfolgt. Wir werden uns dazu in den nächsten Nummern des »Bürger:innenbriefs« sicherlich noch ausführlich äußern. Ist ja nicht ganz unwichtig, wo DIE LINKE Akzente in der Ausgaben- und Einnahmenpolitik setzen möchte.

In dieser Ausgabe unseres monatlichen Newsletters oder Magazins (die Leser:innen mögen es entscheiden oder sich auch gerne mal dazu äußern) geht es neben aktuellen Entwicklungen in den beiden längsten Beiträgen um ein Phänomen, mit dem wir uns im parlamentarischen Alltag regelmäßig konfrontiert sehen: um Antworten und Angaben des Senats, die gerade in Corona-Zeiten – sagen wir es freundlich

- nicht immer überzeugend ausfallen. Eltern beispielsweise fragen sich angesichts widersprechender Daten, Studien und vor allem des Agierens des Schulsenators, was dran ist an den Inzidenzwerten, der Schulpolitik und dem Unterricht im Besonderen. Wir gehen hier deswegen exemplarisch den »Zahlenspielen der Behörde« auf den Grund. Aus dem Bereich der Wohnungspolitik präsentieren wir ein wunderbares, naja, höchst anschauliches Beispiel dafür, wie die Stadtentwicklungsbehörde ins Eiern kommt, fehlerhafte Angaben macht, sich korrigieren muss, erst auf wiederholte Nachfragen und also nur peu à peu Informationen preisgibt, um schließlich doch kleinbeizugeben und eine Art Schlussstrich zu ziehen.

Immerhin ein kleiner Erfolg linker Wohnungspolitik. Wovon eigentlich die Rede ist? Das lässt sich in dieser Ausgabe einige Seiten weiter hinten, aber ganz genau nachlesen.

Wir wünschen uns und allen Leser:innen, dass dieser Scheißvirus endlich klein beigibt, Bundes- und Landesregierung endlich für genügend Impfstoff sorgen und ein strahlend schöner Frühlingsanfang uns alle wieder an der Elbe und Alster Auen vereint. Ach, schön wär's ja!

Sabine Boeddinghaus und Heike Sudmann,
Hanno Plass und Michael Joho

Mietendeckel: Berlin hat, Hamburg braucht ihn!

ep.g.l

DIE LINKE.
Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

Fraktion vor Ort

Heike Sudmann

Der Mietendeckel
Vorteile, Widerstände, Fragen und Antworten

Online-Veranstaltung
mit Gaby Gottwald (Fraktion DIE LINKE
im Abgeordnetenhaus Berlin)

30.03. 19:00 Uhr

Teilnahme:
<https://www.linksfraktion-hamburg.de/veranstaltung/mietendeckel/>

www.linksfraktion-hamburg.de

Hintergrund: Lesserstraße 43-49, erbaut 1973 (Foto: Johannisbeere, 10.8.2015, CC-by-sa 4.0)

Monatlich 50 oder gar 200 Euro weniger Miete zahlen müssen? Für viele Berliner Haushalte ist dieser Wunsch seit November 2020 wahr geworden. Dort gilt jetzt die zweite Stufe des Mietendeckels.

Liegen Mieten mehr als 20% über den Berliner Obergrenzen, müssen sie gesenkt werden. Je nach Baualter, Lage und Ausstattung liegen die Obergrenzen zwischen 3,92 und 9,80 Euro/qm (<https://mietendeckel.berlin.de/>). Von der Pflicht zur Mietenabsenkung dürften nach Schätzung des Berliner Senats ca. 340.000 Wohnungen profitieren.

In Hamburg lehnt Rot-Grün einen Mietendeckel weiterhin vehement ab. Mit welchen Widerständen in Berlin zu kämpfen war, weshalb SPD und GRÜNE dort mitmachen und wie sich der Mietendeckel auswirkt, wird Gaby Gottwald, die Mietendeckel-Expertin der Fraktion DIE LINKE im Abgeordnetenhaus, am 30. März um 19.00 Uhr darstellen. Und sie wird Antworten auf die Fragen der interessierten Hamburger:innen geben. Moderiert wird die Online-Veranstaltung von Heike Sudmann, der wohnungspolitischen Sprecherin der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft.

Zur Diskussion um Einfamilienhäuser

In Neubaugebieten ablehnen, als Nachverdichtung fordern! – von Heike Sudmann



Foto: Heike Sudmann

Vorbemerkung:

Es geht um den Neubau von Einfamilienhäusern, nicht um bestehende Einfamilienhäuser. Letztere werden niemandem weggenommen.

Stadt und Land: Nicht Äpfel mit Birnen vergleichen

Die Diskussion um den Neubau von Einfamilienhäusern muss in einer Großstadt anders geführt werden als in ländlichen Bereichen. In einer hochverdichteten Stadt, wie Hamburg sie in weiten Teilen darstellt, sind bebaubare Flächen Mangelware. Gleichzeitig werden jedoch für die 30.000 bis 90.000 Wohnungen, die in Hamburg seit Jahren fehlen, Neubauf Flächen benötigt. Wer aus ökologischen (und finanziellen) Gründen sparsam mit Flächen umgehen will, muss die unterschiedlichen Flächenverbräuche eines Einfamilien-, Zweifamilien-, Reihen- und Mehrfamilienhaus sowie die Zahl der jeweils dort unterzubringenden Menschen einander gegenüberstellen.

Nein zu Flächenfraß durch Neubaugebiete für Einfamilienhäuser

Sehr schnell wird klar, dass ein Einfamilienhaus die meiste Fläche verbraucht, aber der geringsten Zahl von Menschen ein Dach über dem Kopf bietet. Auch bei Zweifamilienhäusern (Doppelhäusern) sieht es nicht viel besser aus. Reihenhäuser schneiden nicht ganz so schlecht ab, sind aber auch noch weit von der Flächeneffizienz eines Mehrfamilienhauses entfernt.

Fazit: Auf der gleichen bebauten Fläche können in einem Mehrfamilienhaus wesentlich mehr Menschen ein Dach über

dem Kopf finden als bei einem oder mehreren Einfamilien- und Zweifamilienhäusern. Hamburg hat wenig bebaubare Flächen, aber einen großen Wohnungsbedarf. Deshalb sind bei der Ausweisung von neuen Baugebieten Einfamilien- und Zweifamilienhäusern generell auszuschließen. Die Qualitäten, die sich viele Menschen von einem Einfamilienhaus versprechen, wie z.B. ein eigener Garten, können zum großen Teil auch in Mehrfamilienhausgebieten umgesetzt werden. Zum Beispiel mit Grünanlagen inklusive Mieter:innengärten direkt am Haus.

Ja zu Nachverdichtung mit Einfamilienhäusern in bestehenden Quartieren

Hamburg hat viele Gebiete, in denen Einfamilienhäuser auf relativ großen Flächen stehen. Wenn hier Nachverdichtungen möglich sind – je nach vorhandenem Platz mit Einfamilien- oder Zweifamilienhäusern (oder mehr) –, sollte das (weiter) realisiert werden. Ein besonderes Kapitel sind die Villengebiete, vor allem im Hamburger Westen. Da ist oft genug Platz, um auch Mehrfamilienhäuser unterzubringen.

Aber über was reden wir eigentlich? Der Mangel an leistbaren Wohnungen und nicht der Mangel an Einfamilienhäusern ist das Problem

Die ganze aufgeregte Debatte verschweigt, dass ein Großteil der Hamburger:innen sich kein Einfamilienhaus leisten kann. Allein 50% aller Haushalte haben so wenig Einkommen, dass sie berechtigt sind, eine öffentlich geförderte Wohnung zu beziehen. Und wer mit dem Einkommen darüber liegt, hat nicht automatisch genug Geld, um ein Einfamilienhaus zu bezah-

len. Der Mietenwahnsinn sorgt jedoch auch in Hamburg dafür, dass viele Menschen 40% oder gar 50% ihres Einkommens für die Miete ausgeben müssen. Wenn wir also in Hamburg etwas brauchen, sind das leistbare Wohnungen für Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen. Darüber sollten wir reden!

P.S.: Falls es noch nicht aufgefallen ist: Die selben Politiker:innen, Planer:innen und Journalist:innen, die Bewoh-

ner:innen in hochverdichteten Stadtteilen kritisieren, wenn sie nicht mit Begeisterung eine Hinterhof- oder Innenhofbebauung begrüßen, schweigen bzw. verweigern Nachverdichtungen in Einfamilienhausgebieten und erst recht in Villengebieten.

P.P.S.: Und nein, mit Mehrfamilienhäusern und Geschosswohnungsbau sind nicht die vielgescholtenen Plattenbauten gemeint. Aber das ist eine andere Diskussion.

Corona an Schulen: Zahlenspiele der Behörde

Von Hanno Plass, Referent bei Sabine Boeddinghaus



Foto: pixabay, CC-Lizenz

Die Auswirkungen der Schulschließungen sind drastisch, mittlerweile gilt jedes dritte Kind über die Maßen belastet und zeigt psychische Auffälligkeiten. Die Schulbehörden und Kultusministerien haben in einem Jahr Pandemie leider keine Strategien entwickelt, die über den Dreisatz von »Schule auf«, »Wechselunterricht« und »Distanzunterricht« hinausgehen. Rechte auf Bildung, Teilhabe und Gesundheitsschutz haben bislang nur in wortreichen Beteuerungen eine Rolle gespielt, im Regierungshandeln nicht – »plötzlich entdeckt die Politik das Leid der Kinder« titelte der »Tagesspiegel« am 22. Februar.¹

Grund für die jeweilige Unterrichtsform sind die bundespolitischen Entscheidungen zur Eindämmung des Coronavirus und ihre landesgemäßen Umsetzungen. Als Richtwert gilt der 7-Tage-Inzidenzwert, mit seinen Grenzwerten von 35 und 50 Fällen pro Hunderttausend Einwohner:innen.

In Hamburg wurden vom Schulsenator »Konzepte« in obiger Dreifaltigkeit vorgestellt, die von Schließung von März bis Juni, Wechselunterricht bis zu den Sommerferien und Regelunterricht nach den Sommerferien bis zum erneuten Lockdown im Dezember 2020 reichten. Vollmundig waren die Inzidenzwerte 35 und 50 als Schwellen für Wechsel- bzw. Distanzunterricht von Schulsenator Ties Rabe genannt worden, sie wurden nur nie bei den betreffenden Werten in Kraft gesetzt (der Schwellenwert von 50 Fällen/100 Einwohner:innen wurde am 18. Oktober überschritten).

Die Sprachregelung war »Die Schulen sind sicher« und das Virus werde »von außen« in die Schulen getragen, durch un-

¹ www.tagesspiegel.de/gesellschaft/perfide-argumente-in-der-lockerungsdebatte-und-ploetzlich-entdeckt-die-politik-das-leid-der-kinder/26933886.html, 22.2.2021.

vorsichtiges Verhalten der Schüler:innen und Lehrkräfte im Privaten. Die Verantwortung wurde seitens der Behörde vollumfänglich abgewälzt. Daran konnten auch die großen Infektionsausbrüche an der Heinrich-Hertz-Schule, der Ida Ehre Schule und der Schule auf der Veddel nichts ändern.

Mehrfach fragte DIE LINKE die Infektionszahlen unter Schüler:innen, Lehrkräften und sonstigen Beschäftigten ab. Denn diese Zahlen lagen nicht öffentlich vor; zu einer ihr gefälligen Zeit spielte die Schulbehörde sie an die Presse. Ansonsten gab es im Bereich der Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Einschätzung des Infektionsgeschehens - nichts. Dies beunruhigte nicht nur Schüler:innen und Lehrkräfte, sondern auch deren Familien. Natürlich, großzügig genehmigte die Schulbehörde den außerschulischen Unterricht im Fall, dass jemand aus einer Risikogruppe im Haushalt lebe. (Wie wurde dieser Unterricht, der sich an den schulgesetzlichen Vorgaben zum Krankenunterricht orientierte, umgesetzt? Bei wie vielen Schüler:innen? Mit welchem zusätzlichen Aufwand für Lehrkräfte?)

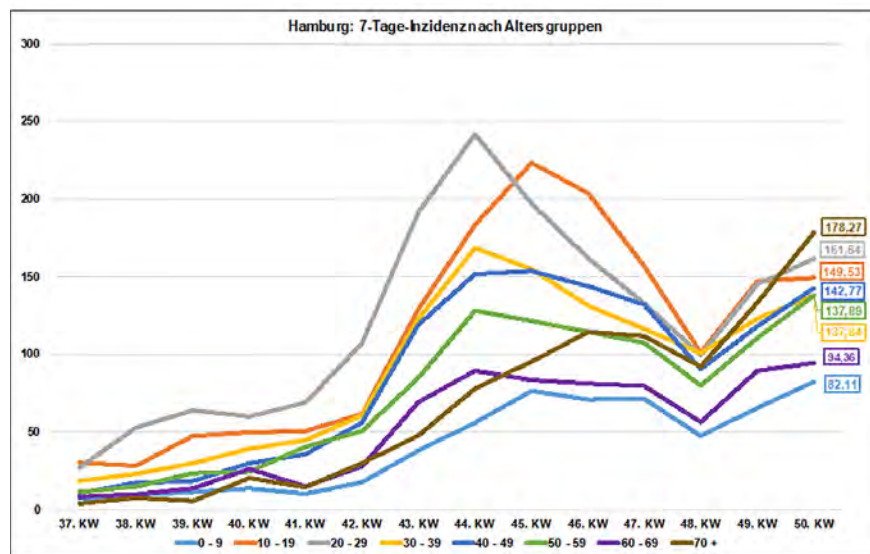
Doch die Antworten der Schulbehörde auf unsere Anfragen lieferten keine klaren Zahlen. Mal hieß es, es würden »knapp« 255.000 Schüler:innen zur Schule gehen und von »knapp« 20.000 Lehrkräfte unterrichtet (Drs. 22/1168), dann 256.000 Schüler:innen, und die Angaben der schulischen Beschäftigten wurden mitsamt der Zahl der Ganztagskräfte gegeben (Drs. 22/1524), wieder andere Zahlen für schulische Beschäftigte gab es in Drs. 22/1902, nämlich 34.440 (ohne Ganztags und Betreuung), und zu schlechter Letzt »knapp 255.660« Schüler:innen (Drs. 22/2027) und »rund 35.000« Beschäftigte (Drs. 22/2177) ohne Ganztags/Betreuung.

Ein riesiges Durcheinander, aufgrund dessen sich nicht ersehen, geschweige denn berechnen lassen konnte, wie die Erkrankungen unter der Gruppe der Schüler:innen, der Lehrkräfte und anderen schulischen Beschäftigten (d.h. außerhalb von der Ganztagsbetreuung, die durch freie Träger in Kooperation mit den Schulen gewährleistet wird) sind und sich entwickeln. Faktisch führte diese Strategie der Schulbehörde dazu, ihren Verlautbarungen glauben zu müssen. Und diesen

Tabelle 1: Neue Corona-Fälle (Vergleich zum Vortag)

Gruppe	täglich	letzte 10 Tage
Lehrer:innen	8 (+ 4)	37 (- 19)
Schüler:innen	44 (+ 2)	274 (- 129)
Sonstige	4 (+ 2)	24 (- 1)
Gesamt	56 (+ 8)	335 (- 149)
betroffene Schulen	46 (+ 9)	153 (- 24)

Abb. 1: Sieben-Tage-Inzidenz nach Altersgruppen in Hamburg



In den 471 Schulen in Hamburg befinden sich 21.591 Lehrer*Innen, 255.600 Schüler*Innen und 13.377 sonstiges Personal (Schuljahresstatistik 2019/2020), Stand der Daten: 29.11.2020
Quelle: Corona-Lagebild der Behörde für Inneres und Sport, 15.12.2020, S. 8

Glauben dem Behördenpräses schenken zu müssen, während zeitgleich Studien aus anderen Ländern unter Schüler:innen ein signifikantes Infektionsgeschehen belegt hatten - und die Schutzmaßnahmen in Hamburg durchaus dürftig gerieten: Plexiglasscheiben und Lüften.

Nun, wie soll man einschätzen, wie die Infektionslage unter den schulischen Beteiligten ist? Ein Hinweis lässt sich auch dem Corona-Lagebild entnehmen. Dieses wird täglich von der Innenbehörde erstellt, die anderen Behörden liefern zu. Ab dem 1.12.2020 meldete auch die Schulbehörde Zahlen zum Infektionsgeschehen (siehe Tabelle 1).

Die Schulbehörde lieferte stetig bis zum 11. Februar Zahlen zum Lagebild. Nicht immer die »aktuellen«, d.h. die des Vortags, auch wenn sie meinte, selbst über tagesaktuelle Daten zu verfügen. Mehrfach wichen die Daten im Lagebild um vier Tage ab, in denen kein Wochenende oder Feiertage als Grund dienen könnten. Warum, bleibt in der Anfrage 22/3132 offen.

Das Corona-Lagebild weist aber auch andere Zahlen auf, besonders führt es die Infektionszahlen nach Altersgruppen: Die Altersgruppen 0-9 und 10-19, die mehrheitlich die Schulkinder umfassen, und deren 7-Tage-Inzidenz zusammengekommen immer entsprechend der Infektionszahlen der Erwachsenenengruppen angegeben wird. Die Trennung nach Altersjahrzehnten macht vielleicht in einer altersgemäßen Kohortierung Sinn. Jedoch würde angesichts der seit über einem Jahr debattierten Frage um die Ansteckung von Kindern und Jugendlichen in Schule und Kita eine nach diesen Zugehörigkeiten gestaffelte Aufstellung Sinn machen. Beihilfswise müssen sie zusammengerechnet werden. Ab dem 15.12.2020 veröffentlichte die Innenbehörde dann eine Verlaufsgrafik mit dem Verlauf der Infektionen nach Altersgruppen in Zehn-Jahres-Kohorten (siehe Abbildung 1).

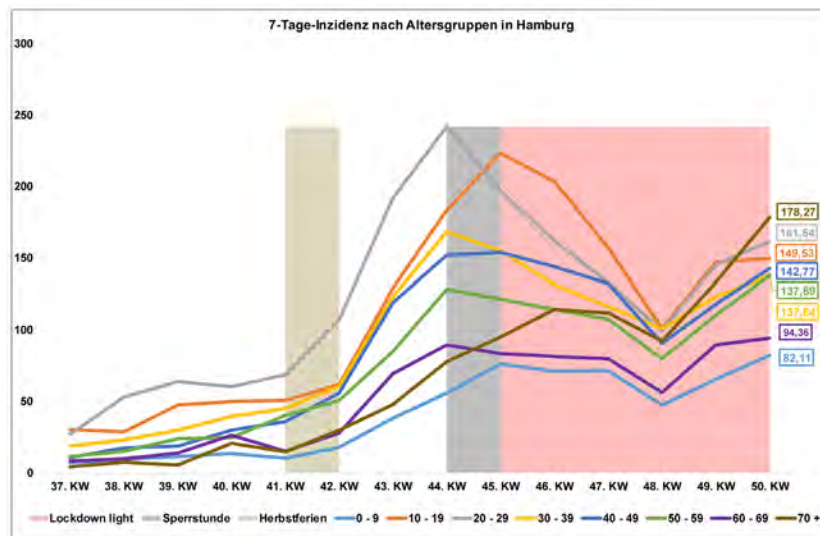
Zusammengefasst liegt die 7-Tages-Inzidenz bei Kindern und Jugendlichen, 0-19 Jahre, bei 82,11+149,53 = 231,64 und damit über allen anderen Kohorten. Es ist fies, ja, ich ziehe zwei Kohorten zu einer 20-Jahr-Kohorte zusammen, die anderen bleiben in ihren Zehnerschritten, ich würde auch lieber die Kinder 6-19 als Schulkinder zusammenfassen. Ab dem 16. Dezember dann hinterlegte die Innenbehörde die Kurve mit vier Ereignissen: den Schulferien, der Sperrstunde, dem Lockdown Light und dem neuen harten Lockdown. Hier ist ersichtlich: Sind die Schulen geschlossen, sinken die Infektionen der Altersgruppe 0-9 ebenso drastisch wie die der Altersgruppe 10-19 (siehe Abbildung 2).

Die, sagen wir, Näherungen der Kurven unterschiedlicher Altersgruppen aneinander, werden auch unterstützt durch die im Drei-Wochen-Vergleich dargestellten Neuinfektionen nach Altersgruppen. Wieder in Dekaden getrennt, klettert die Altersgruppe 0-19 von 232 Neuinfektionen in der Kalenderwoche 49, ab dem 1. Dezember auf 417 in der Kalenderwoche 52, der ersten nach den Schulschließungen (Lagebild vom 22.12.2020) (siehe Abbildung 3).

Erst mit dem Lockdown und den Ferien sinken die Infektionszahlen auch unter den Kindern und Jugendlichen ersichtlich, am 5. Januar 2021 meldet die Innenbehörde für die Altersgruppe 0-19 nur 251 Infektionen im Drei-Wochen-Vergleich. Und auch die Inzidenzkurve ist deutlich gesunken, wie das Corona-Lagebild am 5. Januar zeigt (siehe Abbildung 4, folgende Seite).

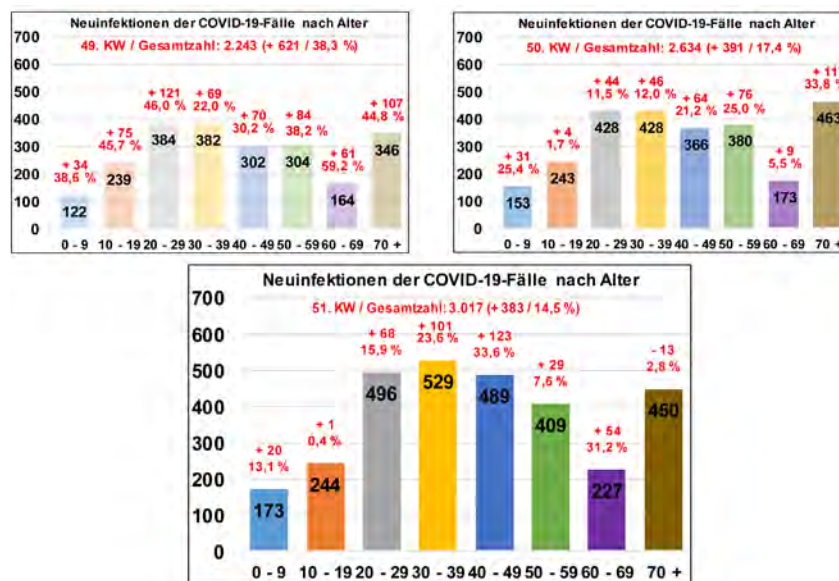
Bei den von der Schulbehörde gelieferten Zahlen, die jeweils separat zum Ende des Lagebildes ab dem 1. Dezember aufgeführt wurden, gibt es natürlich Probleme. Auch wenn sie sich rühmt, über tagesaktuelle Zahlen zu verfügen, fließen diese nicht unbedingt in das Corona-Lagebild der Innenbehörde ein. Wir hatten mittels einer Schriftlichen Kleinen Anfrage (SKA) - Drs. 22/3132 - nachgehakt.² Die Antwort des Senats bzw. der Schulbehörde, weshalb sie - im Gegensatz zur Gesundheitsbehörde - nicht tagesaktuell liefern könne: »Montags werden die kumulierten Daten von Freitag bis Sonntag geliefert. Samstags, sonntags sowie an Feiertagen erfolgt keine Meldung. Aus Gründen der Qualitätssicherung in der für Bildung zuständigen Behörde können die Daten nicht immer rechtzeitig zur Verwendung im Lagebild am selben Tag zugehört werden. Die Meldung erfolgt dann am Folgetag. An den Tagen, an denen keine neuen Daten vorliegen, werden im Lagebild die zuletzt gemeldeten Daten durchgeschrieben.« Das Zauberwort der verzögerten Datenübertragung lautet »Quali-

Abbildung 2: 7-Tage-Inzidenz nach Altersgruppen in Hamburg



Quelle: Corona-Lagebild der Behörde für Inneres und Sport, 16.12.2020, S. 9

Abbildung 3: Neuinfektionen der Covid-19-Fälle nach Alter im 3-Wochen-Vergleich



Quelle: Corona-Lagebild der Behörde für Inneres und Sport, 22.12.2020, S. 7

tätssicherung«. Aber aufgrund dieser vorgebrachten Gründe sind die Zahlen aus dem Lagebericht ungenau.

Um Klarheit zu gewinnen, fragten wir in besagter SKA nach, ob die Zahlen im Lagebild die korrekten Zahlen seien. Die Antwort der Schulbehörde bleibt vage, denn wir fragten, ob die jeweiligen Daten korrekt seien. Es wird technisch über die Art und Weise der Datenlieferung berichtet, ein »Ja« oder »Nein« und die entsprechende Korrektur gibt es seitens der Schulbehörde nicht. Zudem pikiert sie die Kritik, willkürlich und nach ihrem eigenen Gutdünken Daten zur Infektionslage

² www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/74390/corona_erkrankungen_an_schulen_welche_werte_nutzt_die_schulbehoerde.pdf - Eine Nachfrage zu dieser SKA wurde am 23.2.2021 eingereicht.

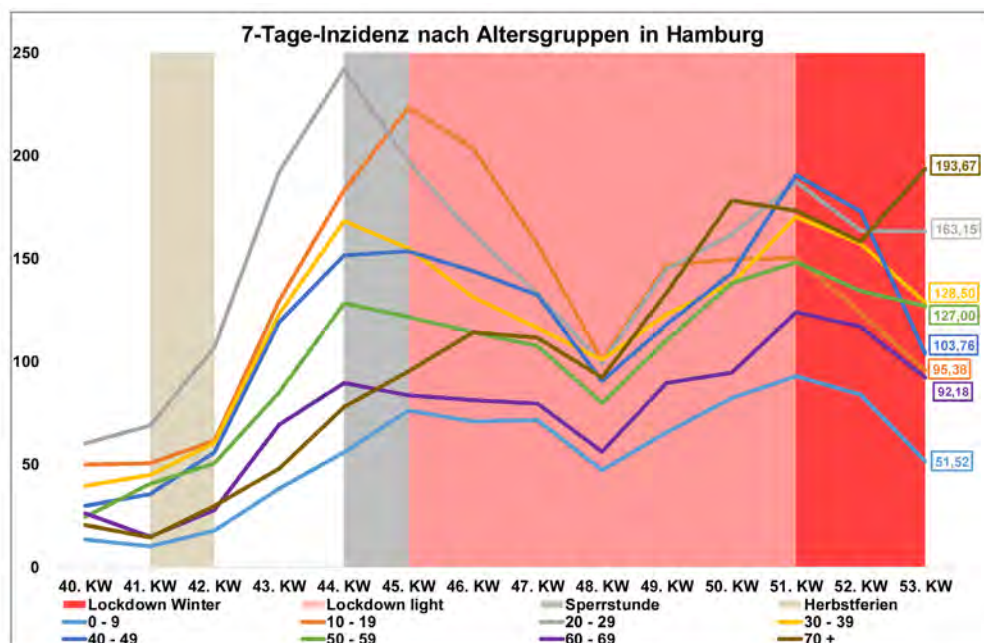
in Schulen herauszugeben, was sie entschieden zurückweist: Dass Daten im Lagebild vorlägen, würde belegen, dass die Schulbehörde eben Daten abliefern – nur, das ist der Knackpunkt – das Lagebild ist behördenintern und nicht öffentlich. Sagen wir es so, die Schulbehörde will keinesfalls ihr Mantra »Die Schulen sind sicher« auf dessen Grundlage überprüfen lassen. Alle Zahlen sprechen nämlich dagegen.

Interessanterweise konnte die Schulbehörde auch nicht die Inzidenzen unter den Lehrkräften, Schüler:innen und anderen schulischen Beschäftigten nennen. Sie weigerte sich, solch eine »komplizierte Berechnung« durchzuführen, wie sie uns in Drs. 22/2286 mitteilte.³ Diese »komplizierte Berechnung« lautet: $=D10/FS3 * 100000$. So ist es aus der Excel-Tabelle zu entnehmen, die die Stadt Hamburg zur Berechnung der 7-Tage-Inzidenz zum download bereitstellt.⁴ Die Zahl der Neuinfektionen in sieben Tagen wird geteilt durch die Grundsumme (1.899.160 Einwohner:innen) und dies wird mit 100.000 multipliziert. Genau so ließe sich die Inzidenz unter Lehrkräften berechnen, nur dass eben die Bezugsgröße sich ändert. Die Rechnung ist so kompliziert wie die Berechnungen für Städte wie Mönchengladbach oder Limburg an der Lahn, deren Größe der Zahl der Schüler:innen bzw. Lehrkräfte in Hamburg entspricht.

Wären klare Zahlen öffentlich zugänglich, könnte die interessierte Öffentlichkeit die Aussagen der Schulbehörde überprüfen. Ein einfacher Weg wäre, das Corona-Lagebild zugänglich zu machen. Aber: Am Tag des Rücklaufs unserer Anfrage zu den Daten (am 12. Februar 2021), die die Schulbehörde an die Innenbehörde meldet, erschien wie gewohnt ein neues Corona-Lagebild. Nur: ohne Zahlen zu den Infektionen unter den Lehrkräften, den Schüler:innen und sonstigen Beschäftigten, die Zahl der betroffenen Schulen. Nachprüfbar soll anscheinend nichts sein. Diese behördliche Schweigepolitik betrifft nicht nur parlamentarische Abgeordnete. Auch Journalist:innen sind davon betroffen, wie jene von »Panorama 3« am eigenen Leib erfahren durften.⁵

Alles, was den Schönwettermeldungen des Schulsenators im Wege steht, wird beseitigt. Ties Rabe betont sich anscheinend völlig in der Trutzburg an der Hamburger Straße ein. Zu liefern hat er nichts, sein Kurs hat das eine Ziel: die Ferien zu erreichen. Seine Politik ist absolut gescheitert, und wenn er nochmals 40.000 Tablets verteilen würde. Den 30% der Schulkinder, die unter den Einschränkungen leiden, den

Abbildung 4: 7-Tage-Inzidenz nach Altersgruppen



Quelle: Corona-Lagebild der Behörde für Inneres und Sport, 5.1.2021, S. 9

Familien, den Lehrkräften, niemandem ist mit der Imitation von Unterricht zuhause geholfen. Am 20. Januar – als die britische Mutation des Corona-Virus schon in Deutschland nachgewiesen war – schrieb die Schulbehörde noch, dass in England und Südafrika eine »möglicherweise hoch ansteckende Virusvariante des SARS-CoV-2-Virus aufgetreten« sei, »die sich sehr schnell ausbreitet und möglicherweise Kinder stärker betrifft als das bisherige Virus.« Blind gegenüber der Wirklichkeit!

Hat die Behörde die Scheuklappen dennoch abgesetzt? Man könnte es fast denken, denn es heißt, das Ziel müsse sein, »Kontakte weiter zu minimieren und die Infektionszahlen spürbar zu senken.«⁶

Eigentlich sind diese wirklichkeitsfernen Bewertungen des Infektionsgeschehens keine Überraschung, denn Rabe hatte ja die Runde gemacht, als er die Leopoldina-Empfehlungen für halbierte Klassen, Abstand und andere Schutzmaßnahmen als »seltsam« bezeichnet hatte.⁷ Dass an dieser Stelle kein Interesse an Transparenz und Klarheit besteht, ist eindeutig. Die Interpretation eines solchen eigenartigen Verhaltens spare ich mir aus. Es wird mit Macht zu tun haben, denke ich.

³ www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/73509/sars_cov_2_infectionen_inzidenzwerte_der_lehrkraefte_und_infectionen_nach_schulformen.pdf.

⁴ www.hamburg.de/contentblob/14405916/58d96c763257feaff7554db-2798c8ee/data/d-inzidenz-zum-download-service.xlsx (Stand 16.2.2021).

⁵ www.ndr.de/fernsehen/sendungen/panorama3/Infektion-an-Schulen-Hamburger-Senat-weicht-aus,corona6346.html.

⁶ www.hamburg.de/contentblob/14833130/169492a7495ea3230b5e24483c4c19d6/data/b-brief-20-januar-2021.pdf.

⁷ <https://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2020/Schulschliessungen-Wankelmut-und-Wirrwarr,corona5906.html>.

Auf zum Ostermarsch 2021!



Ostermarschaufruf Hamburg 2021

Wer Frieden will, muss abrüsten!
 Wer Frieden will,
 muss für den Frieden kämpfen,
 darf nicht weiter Kriege vorbereiten,
 darf nicht mit dem Atomkrieg drohen,
 muss auf den Erstschatz verzichten,
 darf den Tod nicht exportieren!
 Nachhaltiger Frieden entscheidet sich jetzt –
 auch mit uns.

Keine Aktion der deutschen und gerade auch der hamburgischen Friedensbewegung hat eine solche Tradition wie der Ostermarsch. Seit 1960 ziehen Pazifist:innen und Kriegsgegner:innen, Friedens- und Abrüstungsfreund:innen durch die Orte und Landschaften, um zu aktuellen Entwicklungen öffentlichkeitswirksam und im ganzen Land mehr oder weniger gleichzeitig Stellung zu nehmen. 2019 – beim vorerst letzten Ostermarsch ohne Corona-Druck – demonstrierten viele zehntausend Menschen in Dutzenden Regionen, alleine in Hamburg kamen 4.000 zusammen. Und nun ist es also wieder soweit, auch wir rufen auf: **Nehmt teil am Hamburger Ostermarsch am 5. April**. Wir dokumentieren hier den Aufruf des Hamburger Forums.

Ostermarsch 2021

Ostermontag, 5. April,
 13.00 Uhr Osterandacht Hauptkirche St. Petri,
 Bei der Petrikirche 2
 14.00 Uhr, Jungfernstieg

Aufgrund der Corona-Pandemie findet in diesem Jahr nur eine Kundgebung statt. Bitte haltet die Mindestabstände ein und tragt einen medizinischen Mundschutz.

Die Konfrontationspolitik des Kalten Krieges ist zurück. Aggressiver Nationalismus breitet sich aus. Armut und soziale Ungleichheit werden immer krasser. Die globale Klimakrise bedroht uns alle. Kriege und Naturzerstörung sind die entscheidenden Ursachen für Flucht und Vertreibung. Die Corona-Pandemie zeigt auch uns die Grenzen auf, die Schutzschichten menschlichen Lebens sind dünn geworden.

Gleichzeitig wird seit Jahren ein neuer Rüstungswettlauf vorangetrieben. Zentrale Vereinbarungen zur Rüstungskontrolle sind durch die USA aufgekündigt. Neue, noch gefährlichere, zielgenauere Atomwaffen werden produziert und sollen auch in Deutschland stationiert werden. Die weltweiten Militärausgaben steigen trotz Klimakrise und Pandemie ins Unermessliche: 1,92 Billionen US-Dollar, davon die Hälfte allein durch die NATO-Staaten. Die Rüstungsausgaben nur der USA betragen 2019 fast das Dreifache der chinesischen und mehr als das Elfache der russischen Ausgaben. Deutschland liegt auf Platz sieben und gibt in diesem Jahr erstmals mehr als 50 Milliarden Euro für das Militär aus. Beim Rüstungsexport erreicht unser Land den skandalösen Rang fünf.

Unsere Welt ist auf Gemeinsamkeit, auf Gegenseitigkeit angewiesen, wenn wir globale Gerechtigkeit und dauerhafte

Abrüstung und Frieden schaffen wollen. Eine neue Entspannungspolitik in gesamteuropäischer Perspektive ist notwendig, nicht gegen Russland und China, sondern nur mit diesen Ländern. Europa kann und muss zu einem zivilen Friedensprojekt werden.

»**Verantwortung übernehmen**« heißt deshalb:

- Deutschland und die europäischen Staaten müssen dem Atomwaffenverbots-Vertrag beitreten. Wir wollen ein atomwaffenfreies Deutschland, wir wollen nicht länger die »nukleare Teilhabe«.
- Wir wenden uns gegen das NATO-Ziel, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für militärische Zwecke auszugeben.
- Wir fordern eine neue Friedens- und Entspannungspolitik, ein System gemeinsamer Sicherheit und kontrollierter Abrüstung.

- Rüstungsexporte in Krisenregionen, an kriegsführende Staaten, an diktatorische oder autokratische Regime müssen beendet werden.
- Autonome Waffensysteme sind weltweit zu ächten.
- Die Bundeswehr darf nicht mit bewaffneten Drohnen ausgerüstet werden.

Abrüsten statt aufrüsten ist das Gebot der Stunde. Dafür demonstrieren wir am Ostermontag.

Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V.

Mehr unter www.hamburgerforum.org

Tipps und Termine

Am **10. März** wurde in diesem Jahr der **Equal Pay Day** begangen, der Tag der Entgeltgleichheit für Frauen und Männer. Da der Begriff vielen noch nicht recht vertraut sein dürfte, hier eine kurze Erklärung dazu: »Der Equal Pay Day ist ein Aktionstag, der darauf aufmerksam macht, dass Frauen weltweit überall weniger verdienen als Männer. Genauer gesagt: Er macht auf den prozentualen Unterschied im durchschnittlichen Bruttoverdienst von Frauen und Männern aufmerksam. Diesen Unterschied nennt man auch Gender Pay Gap oder Geschlechterlohnücke. In Deutschland beträgt die Lücke zwischen den durchschnittlichen Brutto-Stundenlöhnen von Frauen und Männern derzeit **18 Prozent** (Quelle: Statistisches Bundesamt). Angenommen Männer und Frauen bekommen den gleichen Stundenlohn: **Dann steht der Equal Pay Day für den Tag, bis zu dem Frauen theoretisch unbezahlt arbeiten**, während Männer schon ab dem 1. Januar für ihre Arbeit entlohnt werden. Zwischen Frauen und Männern mit den gleichen »arbeitsmarktrelevanten Eigenschaften«, also etwa einer gleichen Ausbildung, bleibt in Deutschland eine Lohnkluft von **6 Prozent** bestehen, der sogenannte »bereinigte Gender Pay Gap« (www.lpb-bw.de/equalpayday). In einer Pressemitteilung hat die Linksfraktion auf genau diese Zusammenhänge hingewiesen. Cansu Özdemir, die frauenpolitische Sprecherin, betonte in diesem Jahr dabei vor allem, dass »Heldinnenerzählungen« nicht ausreichen, sondern auch bessere, gleiche Bezahlung gebraucht wird (www.linksfraktion-hamburg.de/equal-pay-day-frauen-brauchen-gleiche-bezahlung-keinen-heldinnenstatus/).



#MINDTHEPAYGAP
Equal Pay für Hamburg

Ebenfalls am 10. März hat das Statistische Bundesamt (DESTATIS) seinen neuen **Datenreport 2021** vorgelegt. Der **Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland** führt auf 532 Seiten auf, was an Daten über sämtliche gesellschaftlichen Bereiche zu erfassen ist. In diesem Jahr besonders interessant ist natürlich die Frage nach den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Lebensbedingungen. DESTATIS meldet in seiner Pressemitteilung: »Wer in Deutschland einmal unter die Armutsgrenze rutscht, bleibt immer öfter länger arm. So beträgt der Anteil dauerhaft von Armut bedrohter Menschen an allen Armen 44% – und ist damit mehr als

doppelt so hoch wie noch 1998.« Corona habe, auch das stellt das Bundesamt fest, zur **Verschärfung der Lage benachteiligter Gruppen** geführt. Besonders betroffen seien Menschen mit niedrigem Einkommen, Geringqualifizierte, Alleinerziehende und Selbständige. Den ganzen Bericht gibt es hier: www.destatis.de/DE/Service/Statistik-Campus/Datenreport/Downloads/datenreport-2021.pdf?__blob=publicationFile. Eine gute Zusammenfassung lieferte die TAZ am 11. März: <https://taz.de/Soziale-Spaltung-in-Pandemie/!5757378/>.

Eine interessante Studie hat der **DGB Hamburg** vorgelegt. Es geht darin um die **Mobilität und Arbeitswege von Beschäftigten in Hamburgs Süden**. An der entsprechenden Umfrage im Herbst letzten Jahres haben 98 Betriebs- und Personalrät:innen sowie Vertreter:innen von Jugend-Auszubildenden-Vertretungen teilgenommen. Die Studie unterstreicht, wie gewerkschaftliche und verkehrspolitische Initiativen zusammengehen könnten, inhaltlich spiegeln sie die Bedarfe und Bedürfnisse von Arbeitnehmer:innen wider. Der wichtigste Aspekt – ihm stimmen 50% der Befragten zu –, um die Zufriedenheit der Kolleg:innen mit dem Arbeitsweg zu erhöhen, sind »niedrigere Ticketpreise für Bus und Bahn«. Zum 18seitigen Material geht es hier: <https://hamburg.dgb.de/++co++b4fc0fe2-7766-11eb-9540-001a4a160123>.



Der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club Deutschland (**ADFC**) zieht in einer Pressemitteilung **Bilanz über die Unfälle im vergangenen Jahr**. Tenor: Weniger Verkehr infolge Corona und Lockdowns, weniger Verletzte und Tote auf den Straßen. »Während der Kfz-Verkehr gegenüber 2019 um 11 Prozent abnahm, sank die Zahl der Unfälle zwischen Auto und Rad sowie zwischen LKW und Rad laut Aussage des Hamburger Polizeidirektors Ulf Schröder um jeweils etwa 10 Prozent. Positiv ist auch, dass der **Radverkehr um 33 Prozent stieg**,

die Zahl der Unfälle mit dem Rad aber vergleichsweise wenig um 3,6 Prozent« (<https://hamburg.adfc.de/pressemittteilung/unfallbilanz-2020-weniger-autos-weniger-unfaelle-und-viel-mehr-rad>).

By the way, **Mobilität lernen**. Der Hamburger Verkehrs-Verband (HVV) wendet sich mit attraktiven Angeboten an die Lehrer:innen und Schüler:innen unserer Stadt. Das HVV-Schulprojekt bietet allerhand **Angebote für alle Klassenstufen**, um sich mit Verkehrs- und Klimafragen, dem HVV und der eigenen Mobilität auseinanderzusetzen. Und alles kostenfrei. Mehr unter www.hvv-schulprojekte.de/unser-konzept/.

Manchmal ist doch Erstaunen beim täglichen Blick in die Presse angesagt. Erinnern wir uns beispielsweise daran, dass der Begriff Kapitalismus vor – sagen wir 20 Jahren – noch ein Unwort in der bürgerlichen Presse war, heute aber genauso selbstverständlich genutzt wird wie die Wörter Lebenshaltungskosten oder Straßenverkehr. Ein Fortschritt? Jedenfalls sei hier zur Lektüre ein Artikel aus »**ZEIT online**« vom **23. Februar** empfohlen. Überschrift: **Der Markt ist mächtiger als die Politik**. Der Inhalt: Kritik an der (Wohnungs-)Politik, die sich von der (Wohnungs-)Wirtschaft an der Nase herumführen lässt. Empfehlung: »das Berliner Versuchslabor«. Zu lesen hier: www.zeit.de/wirtschaft/2021-02/wohngipfel-bundesregierung-wohnraumoffensive-wohnungsmarkt-mietendeckel-einfamilienhaeuser/seite-2.

Am 4. März hat die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSW) eine neue Studie über die **Hamburger Baukosten 2021** präsentiert (www.hamburg.de/pressearchiv-fhh/14939834/2021-03-04-bsw-neues-gutachten-zur-preisentwicklung-im-wohnungsbau/). Erstellt wurde dieser 20seitige »Bauforschungsbericht Nr. 81« von der Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen e.V. (ARGE eV). Die Studie enthält höchst interessante Daten, gut dargestellt in allerlei Grafiken. Veranschaulicht wird vor allem, in welchem Maße und warum die Baukosten in Hamburg nach wie vor steil in die Höhe gingen. Zwischen 2016 und dem dritten Quartal 2020 waren es vor allem die Grundstückskosten, die explodierten und um 28,6% auf 853,80 Euro/qm angewachsen sind. Am zweitstärksten zugenommen haben die eigentlichen Bauwerkskosten, nämlich im selben Zeitraum um 15,0% auf

mittlerweile 2.546,39 Euro/qm. Eine zentrale Konsequenz aus dieser Studie kann eigentlich nur lauten, jede weitere Privatisierung von Grund und Boden zu verhindern und endlich einen Bodenpreisdeckel einzuführen.



Angesichts alltäglicher Pressemeldungen drängt sich der Eindruck auf, dass immer mehr Haushalte – sei es aus der Not fehlender Mietwohnungen, sei es wegen des Traumes vom »eigenen Heim« – daran gehen, Einfamilienhäuser zu erwerben. Doch die Statistik spricht eine andere Sprache. **Erstmals seit 1993 ist nämlich der Anteil der Haushalte, die in einem Eigenheim wohnen, gesunken.** Im

Jahre 2018 lag die Wohneigentumsquote bei **42%**, ein Prozentpunkt niedriger als vor fünf Jahren. Mehr interessante Daten zu diesem Thema gibt's hier: www.tagesschau.de/wirtschaft/verbraucher/immobilien-wohneigentumsquote-eigenheim-101.html.

Eine weitere, interessante **Untersuchung** hat jüngst das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) vorgelegt. Darin geht es um die Auswirkungen, die die Vermietung von **Airbnb-Ferienwohnungen** in der Umgebung hat, beispielhaft festgemacht an **Berlin**. Und wie zu befürchten war, die **Angebotsmieten umliegender Wohnungen steigen im Durchschnitt um 13 Cent pro Quadratmeter**, in Berlin-Mitte lediglich um 8, in Lichtenberg dagegen um satte 46 Cent. »Verantwortlich für den Effekt sind dem DIW zufolge vor allem Angebote, die länger als 180 Tage untervermietet und so dem regulären Wohnungsmarkt entzogen werden«, meldet der »Böckler-Impuls« in seiner Ausgabe vom 4. März.

Um **Nachbarschaften des Willkommens – Bedingungen für sozialen Zusammenhalt in super-diversen Quartieren** geht es auf einer Online-Veranstaltung am **Mittwoch, den 17. März**, 17.00 bis 19.00 Uhr. Vor dem Hintergrund der Wohnungskrise untersuchten Wissenschaftler:innen der Humboldt-Universität Berlin, wie nach der Fluchtbewegung von 2015 der soziale Zusammenhalt in verschiedenen Nachbarschaften funktioniert – und wie er sich verändert. Welchen Einfluss haben Migrationserfahrung und Einkommenssituation der Bewohner:innen auf die Fähigkeiten von Nachbarschaften, neu ankommende Geflüchtete aufzunehmen? Befragt wurden im Zeitraum 2017 bis 2021 verschiedene Institutionen, Initiativen, Bewohner:innen und Geflüchtete in den vier Stadt-Nachbarschaften Dresden-Gorbitz, Berlin-Kottbusser Tor, Stuttgart-Untertürkheim und Hamburg-Eppendorf. Und nun werden die Studienergebnisse vom dock europe e.V. und dem Projekt NaWill an der HU Berlin präsentiert. Mit dabei sind Dr. Nihad El-Kayed (Humboldt-Universität Berlin), Khaled Almaani (Sozialarbeiter Asmara Habtezion (Asmaras World e.V.), Christoph Schäfer (Planbude), Dr. Kathrin Wildner (Stadtethnologin) und Petra Barz (dock europe, Moderation). Der nötige Zoom-Link lässt sich hier bekommen: meike.bergmann@dock-europe.net.

Die Heinrich-Böll-Stiftung in Kooperation mit dem BUND, dem Diakonischen Werk und dem DGB laden für **Samstag, den 20. März**, ein zu einer Veranstaltung unter der Überschrift **Bauen, Wohnen, Sanieren in Hamburg – Transformation sozialökologisch gestalten**. Von 11.00 bis 16.00 Uhr diskutieren einschlägige Fachleute über das Spannungsfeld, günstigen Wohnraum zu schaffen, dabei aber auch ökologische Aspekte zu berücksichtigen. »Diese Tagung«, so die Initiator:innen, »hat nun das Ziel, anhand von sieben Schwerpunkten in Arbeitsgruppen die verschiedenen Sichtweisen im Dialog auszuloten, um erste Schritte einer gemeinsamen Perspektive auf die Zukunft des Wohnens und Bauens zu entwickeln und politische Forderungen zu diskutieren.« Hier das Programm und der Zugangslink zu dieser Onlinekonferenz: <https://calendar.boell.de/de/event/bauen-wohnen-sanieren-hamburg-transformation-sozialoekologisch-gestalten>.

Am **Samstag, den 20. März**, heißt es auf dem Pferdemarkt erneut: **Wir bleiben laut: St. Pauli ist unser Zuhause**. Die Stadtteilinitiativen rufen für 16.00 Uhr auf zu einer Kundgebung gegen den Bau des geplanten sechsstöckigen Bürogebäudes (»Paulihaus«) gleich neben der Rindermarkthalle. Die Musik – Rap, Soul und Poetry aus Hamburg – steuert Finna bei. Mehr gibt es hier: www.facebook.com/finnaluxus/ | www.youtube.com/channel/UC_anKccQNVt9x3FoQNRG46A, | open.spotify.com/artist/10qqz4pbmGbl3pKSSLgJyV | www.stpaulicodejetzt.de/wir-bleiben-lauf/



Am **Montag, den 22. März**, gibt es von 18.00 bis 20.00 Uhr einen ersten **Öffentlichen Dialog zu den Hauptbahnhof-Planungen**. Veranstaltet wird diese Videokonferenz von der Deutschen Bahn und der Stadt. Im Mittelpunkt steht der Wettbewerb zur Erweiterung des Hamburger Hauptbahnhofs. Wer interessiert ist, kann in Kürze unter www.hbfhh.de/veranstaltungen den Zugangslink für den besagten Abend abfragen.

Mehr Gewerbeflächen zu Lasten der Natur? So lautet die Kernfrage einer Online-Veranstaltung des BUND Hamburg am **Dienstag, den 23. März**, von 18.00 bis 20.00 Uhr. Trotz gegenteiliger Bekundungen nimmt die Flächenversiegelung weiter zu, die jüngsten Beispiele: die Hafenerweiterung in Alenwerder, die Erweiterung des Daimler-Werks in Heimfeld und das DHL-Logistikzentrum in Neuland. Biotope, Böden, geschützte Arten usw. geraten immer mehr unter Druck. Nach einem Impulsvortrag zur Gewerbeflächenentwicklung diskutieren miteinander Martina Koeppen (SPD), Jan-Oliver Siebrand (Handelskammer), Manfred Braasch (BUND) und Heike Sudmann (DIE LINKE), Karin Heuer moderiert. Um Anmeldung bis zum 22. März wird gebeten (anmeldung@bund-hamburg.de), danach gibt es die Zugangsdaten.

Der Verein FUSS e.V. Fachverband Fußverkehr Deutschland lädt für **Donnerstag, den 1. April**, 18.00 Uhr, ein zu einem Onlinegespräch. Es geht um **Schulisches Mobilitätsmanagement und Schulwegplanungen**. Der verkehrspolitisch bedeutende Hintergrund: Schulwege sind gewöhnlicherweise die ersten Wege, die Kinder eigenständig zurücklegen, mithin der erste Schritt zur persönlichen Mobilität. »Schulwegplanung ernstgenommen«, so der Veranstalter, »wird zum Baustein der Verkehrswende«. Die Moderation dieses Gesprächs obliegt Wolfgang Packmohr (FUSS e.V. Essen). Die Videokonferenz ist auf 150 Teilnehmer:innen begrenzt. Zum Erhalt des Anmelde-links bitte rechtzeitig eine Mail schicken an info@fuss-ev.de.

Wohnen für alle: Housing Action Day am 27. März



Hintergrundfoto: Villa in Pöseldorf, Wikipedia, CC-Lizenz

Wie schon in den Vorjahren wird es auch 2021 einen Tag gegen Verdrängung und Mietenexplosion geben. In rund einem Dutzend Großstädte in ganz Deutschland werden am Samstag, den 27. März, Kundgebungen stattfinden (mehr dazu unter www.housing-action-day.net/). Auch in Hamburg haben sich mehrere Initiativen getroffen, um den Housing Action Day vorzubereiten. In Hamburg gibt es aufgrund der coronabedingten Beschränkungen mindestens bis zum 28. März ein Demonstrationsverbot, sodass es hier eher auf dezentrale Kundgebungen mit (eventuell simultan übertragenen)

Redebeiträgen hinauslaufen wird. Die Planungen waren bei Redaktionsschluss dieses »Bürger:innenbriefs« noch nicht abgeschlossen. Auf jeden Fall ruft das Netzwerk Recht auf Stadt zur Aktion »Fleck of Shame« auf. Das Motto lautet »Verklebe Flecken! An Problemimmobilien und wo Mieten steigen! Markiere deinen #fleckofshame«. Mehr dazu und zu den allerfrischesten Informationen geht es hier: <http://www.rechtaufstadt.net/>. Zudem nehmen wir hier nachfolgend den bundesweiten Aufruf zum Housing Action Day am 27. März auf.

Wohnen für Menschen statt für Profite

Wie wollen wir leben? Gemeinsam für eine solidarische Stadt!

Noch ist Winter im Zeichen der Pandemie, aber bald kommt der Frühling.

Zeit für Träume und Visionen, Zeit für Protest und Widerstand. Lasst uns gemeinsam kämpfen für eine solidarische Stadt: Macht mit beim Housing Action Day 2021 am 27. März!

Heraus aus der Krise

Eine würdevolle und sichere Wohnung ist die dritte Haut jedes Menschen und ein Grundbedürfnis. Während Menschen mit einer Wohnung zu Hause bleiben können, um solidarisch die Pandemie zu bekämpfen, können sich Wohnungslose auf der Straße und Geflüchtete in ihren Massenunterkünften kaum vor Corona schützen. Die häusliche Gewalt gegen Frauen nimmt zu. Während Immobilienkonzerne weiter hohe Renditen erzielen, müssen Mieter*innen in Kurzarbeit oder verlieren ihre Jobs ganz. Die schon zuvor zu hohen Mieten werden unbezahlbar. Auch Betreiber*innen von Kleingewerbe kämpfen um ihr Überleben. Während der Staat große Wirtschaftsbetriebe mit milliardenschweren Rettungspaketen unterstützt, wird die Kulturszene in den Lockdown geschickt und Begegnungsorte werden geschlossen. Auch hier herrscht Existenzangst. Arbeitsplätze werden vernichtet. Zudem droht ein großer Verlust an Inspiration und gesellschaftlichem Austausch.

In der Krise verschärft sich die soziale Frage und damit auch die Mieten- und Wohnungskrise. Die Kluft zwischen Privilegierten und Nicht-Privilegierten wird tiefer und breiter. Das wollen wir nicht hinnehmen. Deshalb fordern wir:

1) Wohnungen für alle!

Wohnungslose und Geflüchtete in Wohnungen oder Hotels unterbringen! Leerstand beenden! Besetzungen legalisieren! Mehr Plätze in Frauenhäusern! Zwangsräumungen, Versorgungssperren und Kündigungen verhindern!

2) Mietschulden erlassen!

Wohnraum, Kleingewerbe, Kulturszene und soziale Zentren sichern! Keine Subventionen für hohe Mieten und Finanzinvestor*innen!

3) Mieten senken – Gewinne umverteilen!

Höchstmieten festsetzen! Krisengewinne abschöpfen – Sonderabgabe zur Bewältigung der Corona-Krise!

4) Bodenspekulation beenden – Wohnungskonzerne vergesellschaften!

Wohnraum und Boden dürfen keine Ware sein!

Zusammen kämpfen für eine solidarische Stadt

Die Stadt als unser Lebensumfeld soll unsere Bedürfnisse widerspiegeln. Wir brauchen eine Stadt, wo das Glück und das Leben der Vielen mehr zählt als das Streben nach Macht und der Reichtum von wenigen.

Trotz der Pandemie gibt es starke Antworten. Wir kämpfen zusammen mit »Deutsche Wohnen & Co. enteignen!« für die Vergesellschaftung von Immobilienkonzernen und unterstützen die Forderungen nach einem bundesweiten Mietestopp/Mietendeckel. Wir begrüßen die Arbeit von Mietervereinen und

unterstützen den Aufbau von Mieter:innen-Gewerkschaften und anderen Formen der Organisierung von unten. Wir sind an der Seite aller Gruppen, die sich für eine antirassistische, feministische, klimagerechte und barrierefreie Stadt einsetzen, und rufen dazu auf, unsere Kämpfe zusammen zu führen. Vernetzen wir uns, um gemeinsam diese Stadt zu gestalten!

Auch über die Miet- und Wohnungsfrage hinaus fragen wir: Wie wollen wir gemeinsam leben?

In einer Stadt

- mit der Möglichkeit für jede*n zu wohnen, wie sie*er möchte ...
- mit einer gerechten Verteilung der Ressourcen und der gesicherten Erfüllung unserer Grundbedürfnisse ...
- mit Kultur, Toleranz und Räumen für unsere Unterschiedlichkeit ...
- mit einem respektvollen Umgang mit unseren Lebensgrundlagen ...

Träumt, spinnt Visionen und baut mit an der solidarischen Stadt! Wir sehen uns beim Housing Action Day 2021!

Aktionsbündnis gegen Verdrängung und Mietenwahnsinn

Die Linksfraktion lädt wenige Tage nach dem Housing Action Day ein zu einer Online-Veranstaltung im Rahmen der Kampagne Housing First.

Mittwoch, 31. März 2021, 18.30 Uhr: Obdachlosigkeit beenden: Housing First jetzt! live bei Facebook, Youtube und Twitter

Housing First bedeutet, dass Wohnungslose nicht mehr abstinent leben oder sich um einen Job bemühen müssen, um eine Wohnung zu bekommen. Stattdessen bekommen sie erst einmal ohne Voraussetzung Wohnraum, um dann ihre Probleme in den Griff bekommen zu können. In Berlin wird Housing First schon erfolgreich umgesetzt und auch die Hamburgische Bürgerschaft hat 2020 ein Modellprojekt beschlossen.

Darüber wollen wir mit mehreren Gästen diskutieren: **Prof. Dr. Volker Busch-Geertsema** (GISS), **Corinna Müncho und Sebastian Böwe** (Housing First Berlin). Es moderieren **Ina Morgenroth** (DIE LINKE Bezirksfraktion Hamburg-Mitte) und **Stephanie Rose** (Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE).

Die Veranstaltung kann per Livestream verfolgt werden über

Facebook: www.facebook.com/Fraktion.DIE.LINKE.Hamburg

Youtube: www.youtube.com/channel/UCVI16j_SGBjNUUqeHGO1uRQ

Twitter: <https://twitter.com/LinksfraktionHH>

»Einstürzende Altbauten«, lukrativer Neubau?

Heike Sudmann über die Schiller-Oper



Demo am 10.12.2020 (Foto: Heike Sudmann)

Die Akte in dieser Oper sind kaum noch zu zählen. Die denkmalgeschützte Schiller-Oper zerfällt seit Jahren, weil die Eigentümerin nichts zum Erhalt tut. Nach einer gerichtlichen Einigung im Juni 2020 zwischen den Behörden und der Eigentümerin lief die **aller**letzte Frist für Sicherungsmaßnahmen durch die Eigentümerin am 31. Dezember 2020 ab. Geschehen ist nichts, weshalb jetzt die sogenannte Ersatzvornahme durch die Behörden möglich ist. Doch zweieinhalb Monate später ist noch nicht einmal der Bauantrag für die Ersatzvornahme genehmigt. Das musste der Senat in der Antwort auf meine Schriftliche Kleine Anfrage (Drucksache 22/3286 vom 23.2.2021) auch zugeben. Mit dem Beginn der Baumaßnahmen rechnet der Senat »voraussichtlich« im zweiten Quartal 2021.

Aktiver war hingegen die Eigentümerin. Sie hat Ende Januar 2021 einen Bauantrag zum Abriss der Anbauten gestellt. Diese Anbauten sind zwar nicht denkmalgeschützt, aber ein Gutachten aus dem Jahr 2007 (!) bescheinigt, dass die Anbauten einen wichtigen Beitrag zur Stützung der maroder werdenden Schiller-Oper leisten. Deshalb befürchtet nicht nur die Schiller-Oper-Initiative, dass mit bzw. bei dem Abriss der Anbauten die verbleibende Stahlkonstruktion einstürzen könnte. Dann wäre nicht nur der Denkmalschutz futsch, sondern auch der Weg frei für die Eigentümerin, die für sie lukrative Neubebauung endlich durchzusetzen.

Der Fernsehsender HH1 hat einen Beitrag dazu gemacht, der interessante Blicke auf die Schiller-Oper enthält: <https://hamburg1.de/news/14201>.

Elbtower: Steuerparadies Luxemburg

Heike Sudmann über für Senat »marktübliche« Bedingungen



Elbtower-Baugelände, 11.12.2020 (Foto: Heike Sudmann)

Der Elbtower ist immer für eine Schlagzeile gut. Damit meine ich nicht die Nachricht, dass der Schauspieler Robert De Niro im Elbtower ein Luxushotel errichten will. Vielmehr konnte ich mit einer Schriftlichen Kleinen Anfrage (Drs. 22/3384)

aufdecken, dass der Senat schon lange weiß, dass der Investor René Benko auch für den Elbtower eine Gesellschaft mit Sitz im Steuerparadies Luxemburg betreibt. »Benkos Luxemburg-Connection« titelte das Abendblatt, »Steuer-Trick beim

Elbtower: Vorwürfe an den Senat« die Mopo und selbst die BILD schrieb: »Senat billigt Steuer-Trick von Elbtower-Milliardär«.

Doch der Reihe nach: Anfang Februar 2021 berichteten verschiedene Medien (»Der Standard« aus Wien, die »Süddeutsche Zeitung« aus München), dass der österreichische Milliardär René Benko viele seiner Firmen über Gesellschaften in Luxemburg verwalten würde. Da stellte sich natürlich die Frage, ob das auch beim geplanten Elbtower von Herrn Benko der Fall ist. Über Abgeordnetenwatch erreichte mich dann noch der Hinweis, dass eine »Hamburg, Elbtower Beteiligung S.à.r.L.« ihren Sitz in Luxemburg habe. Also genug Stoff für eine Anfrage an den Senat. In seiner Antwort schrieb der Senat nun: »Die »Hamburg, Elbtower Beteiligung S.à.r.L.« ist gemäß den entsprechenden Handelsregisterauszügen sowohl Kommanditistin als auch Gesellschafterin der Komplementärin der Hamburg Elbtower Immobilien GmbH & Co. KG (Käuferin) ... Die gesellschaftsrechtliche Struktur der Käuferin war bei Beurkundung des Grundstückskaufvertrags bekannt und ist bei größeren Vorhaben marktüblich.« Den Umstand, dass die »Hamburg, Elbtower Beteiligung S.à.r.L.«, ihren Sitz in Luxemburg hat, als »marktüblich« abzutun und nicht weiter zu prüfen, ist aus meiner Sicht verantwortungslos.

Konstruktionen mit Gesellschaften in Luxemburg ermöglichen erhebliche Steuerersparnisse für Unternehmen. Steuervermeidung ist nicht verboten, aber ein unfreundlicher Akt gegenüber einer Stadt, die mit öffentlichen Investitionen den Wert der Benko-Immobilien aufrechterhält oder noch erhöht. Auf die Frage, ob der Senat sichergestellt habe, dass die bei der künftigen Vermarktung des Elbtowers anfallenden Gewinne in vollem Umfang hierzulande versteuert werden, lautete die Antwort: »Der Senat geht davon aus, dass eine Besteuerung von Gewinnen aus der Vermarktung oder Ver-

mietung von in Hamburg errichteten Gebäuden im Inland im Rahmen der Steuergesetze einschließlich ggf. zu beachtender Abkommen Deutschlands mit anderen Staaten zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerverkürzung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen erfolgt.« Geradezu naiv wirkt diese Beteuerung des Senats. So etwas hätte doch wohl im Grundstückskaufvertrag geregelt werden müssen!

Benko tritt mit seinem Unternehmen SIGNA als Investor des »Elbtowers« auf. Ein Blick in den Grundstückskaufvertrag zeigt, dass die für Herrn Benko beim Elbtower handelnden Personen zwar für verschiedene Unternehmen auftreten, aber unter der gleichen Adresse der »SIGNA Real Estate Management Germany GmbH« firmieren. Da frage ich mich, ob der Senat bei der Vielzahl der irgendwie beteiligten Gesellschaften des Herrn Benko die Übersicht oder die Lust verloren hat, diese auch zu überprüfen?

Auch die von Rot-Grün mit Verve eingebrachten Bürgerschaftsbeschlüsse sind das Papier nicht wert. Obwohl bis Ende September 2020 ein Nutzungskonzept vorliegen sollte, ist bis heute nicht klar, welche besondere Attraktion das Publikum im Elbtower vorfinden solle. Und die 30%ige Vorvermietungsquote als Sicherheit gegen Leerstand kann nun mit einer Bankgarantie umgangen werden. Die rot-grüne Bürgerschaftskoalition lässt sich hier wie ein Nasenbär vom Senat durch die Manege führen. Zu dem »Steuer-Trick« sagte SPD-Fraktionschef Dirk Kienscherf am 4. März gegenüber der BILD: »Die Bürgerschaft muss sich auch mit dieser Konstruktion beschäftigen, bevor eine endgültige Entscheidung über den Verkauf fällt.« Angesichts des bisherigen Verhaltens der SPD und deren Angst, dem Förderer des Elbtowers, dem Kanzlerkandidaten Olaf Scholz, zu schaden, bin ich nicht sehr optimistisch, dass Benkos Geschäft mit dem Elbtower noch scheitert.

(K)Eine never ending Story? –

Michael Joho, Referent bei Heike Sudmann, über SAGA-Wohnungsverkäufe – und das Beste kommt zum Schluss

meineSAGA

Unsere Geschäftsstellen

Werden Sie Eigentümer

Kunst im Quartier

Sportprogramm move!

Magazin "WIR gemeinsam"

SAGAerleben

LeNa - Lebendige Nachbarschaft

Nachbarschaftshilfe

Werden Sie Eigentümer



www.saga.hamburg/fuer-unsere-mieter/
werden-sie-eigentuemer

Es ist schon einige Zeit her, dass ich im »Bürger:innenbrief« vom 7. Oktober 2020 auf die dubiosen Verkäufe von SAGA-Wohnungen, in diesem Zusammenhang auch auf die Informationspolitik des Senats, eingegangen bin (www.

linksfraktion-hamburg.de/wp-content/uploads/2020/10/BurgerInnenbrief_Sudmann_Boeddinghaus_2020_06.pdf). Vier Schriftliche Kleine Anfragen (SKA) von Heike Sudmann zwischen Ende August und Ende September 2020, so eröff-

nete der Artikel, »waren nötig, um wenigstens ein einigermaßen vollständiges Bild zu bekommen: vom lange anhaltenden Verkauf von SAGA-Wohnungen, also von Wohnungen, die zum größeren Teil mit öffentlichen Mitteln errichtet worden sind«. Das aber war noch immer kein auch nur halbwegs vollständiges Bild. Der kleine Krimi geht also weiter, hier die fünfte Folge.

Am 11. Februar 2021 legte die Linksfraktion mit einer Großen Anfrage (GA) unter der Überschrift »Die SAGA verkauft und verkauft« nach (Drs. 22/3241, leider noch nicht in der Parlamentsdokumentation eingestellt). Und – es ist kaum glaublich – erneut räumt der Senat Fehler in seinen bisherigen Antworten ein, eiert rum und nennt teilweise neue Zahlen. Wieder behauptet er, die »Anfragen vollumfänglich im Sinne der jeweiligen Fragestellung beantwortet« zu haben. Zweifel sind angebracht. Doch was sind die neuen Informationen, die durch die Senatsantwort vom 9. März 2021 ans Tageslicht befördert wurden?

Erst auf eine zweite SKA (vom 18.9.2020) wurde eingeräumt, dass sich im Verkaufsportfolio der SAGA neben den in der ersten SKA (vom 28.8.2020) genannten 1.120 Wohneinheiten noch in einem besonderen Bestand weitere 888 WE befänden, von denen bis zum 31. August 2020 bereits 20 verkauft worden seien und für weitere 18 »Verkaufsverhandlungen« geführt würden (laut SKA vom 29.9.2020). Auf unsere GA antwortete der Senat am 9. März 2021 nun, dass ihm »bei der Beantwortung der vorangegangenen Schriftlichen Kleinen Anfragen ein Fehler unterlaufen ist«. Es handele sich bei diesem in der ersten SKA-Antwort (vom 28.8.) zunächst verschwiegenen Bestand nicht um nur um 888, sondern vielmehr um 1.169 Wohn- und rund 100 Gewerbeinheiten, von denen mittlerweile 26 WE verkauft seien und für 27 weitere »über einen möglichen Weiter- bzw. Rückkauf« verhandelt würde – was auch immer letzteres Stichwort Rückkauf genau meint.

Bei diesem besonderen Bestand von 888 bzw. nach aktueller Angabe von 1.169 WE handelt es sich um die so genannte »Tranche V«. Das sind ehemals stadteigene Wohnungen, die laut Beschluss der Bürgerschaft vom 17. Dezember 2014 mit den Stimmen der damals allein regierenden SPD und der FDP in das Eigentum und die Verantwortung der SAGA übertragen wurden. Allerdings mit einer Einschränkung, nämlich »um sicherzustellen, dass die Wohnimmobilien ... auch in Zukunft nicht an private Eigentümer verkauft werden«. Trotz dieser eigentlich eindeutigen Festlegung hat die SAGA dann doch Wohnungen aus dieser Tranche V verkauft, ohne die Bürgerschaft damit zu befassen.

Schon in der Antwort auf die vierte Anfrage (vom 29.9.) verstieg sich der Senat zu der nicht weiter erläuterten Aussage, dass der Verkauf dem Bürgerschaftsentscheid keineswegs zuwiderlaufe und diese daher auch »nicht gesondert informiert worden« sei. In der Antwort auf unsere GA geht nun der Senat noch einen Schritt weiter und behauptet kess, wenn die Wohnungen der Tranche V der SAGA übertragen worden seien, dann leite sich daraus ab, »dass ein Weiterverkauf der Objekte nicht ausgeschlossen ist«, schließlich sei in



Steenkampsiedlung (www.bildarchiv-hamburg.de / Christoph U. Bellin)

dem Übertragungsvertrag zwischen der Stadt und der SAGA »kein Verkaufsverbot festgeschrieben« worden. Als SPD-Abgeordneter, der im Dezember 2014 dafür gestimmt hat, die Wohnungen der Tranche V an die SAGA zu übertragen, um »sicherzustellen«, dass diese »auch in Zukunft nicht an private Eigentümer verkauft werden«, würde ich mich verarscht fühlen.

Der Großteil der Wohnungen der SAGA ist ja über die Jahrzehnte auch mithilfe öffentlicher Förderung entstanden, um günstigen Wohnraum vorzuhalten. Da stellen sich natürlich die Fragen, **warum überhaupt, an wen und zu welchen Preisen** solche ursprünglich für eine bestimmte Gruppe von Haushalten mit geringerem Einkommen gebauten und inzwischen aus der Sozialbindung ausgelaufenen Wohnungen eigentlich verkauft werden.

Die Frage nach dem **Warum** lässt sich schnell beantworten: Damit die SAGA zusätzliche Einnahmen generiert. Von 2002 bis zum 31. August 2020 hat die SAGA (und GWG) rund 489 Mio. Euro, also fast eine halbe Milliarde, mit den Verkäufen eingenommen. Alleine in 2019 und 2020 wurden knapp 72% der Wohnungen/Häuser an die Höchstbietenden verkauft. Die Preise lagen im Durchschnitt um 20,5% über dem Verkehrswert (Drs. 22/1134 vom 28.8.2020, Nr. 6 u. 7). Aus den SAGA-Überschüssen 2019 wurden z.B. am 30. Juni 2020 25 Millionen Euro an das allgemeine Stadtsäckel abgeführt.

Die Frage, **an wen** solche ehemals geförderten Wohnungen verhökert werden, ist auch einigermaßen klar zu beantworten: Entgegen der immer wieder verkündeten Botschaft, die SAGA würde nur an Mieter:innen verkaufen, lag der Anteil dieser Gruppe bei den verkauften Wohnungen 2019/2020 nur bei 20%, dagegen gingen 80% an »Selbstnutzer« von außen.

Na, und dann noch die Frage **nach den Preisen**. Aus der ersten SKA ergab sich, dass die SAGA zwischen dem 1. Januar 2019 und Ende August 2020 insgesamt 113 WE verkauft hatte, davon an 23 an Mieter:innen zum Durchschnittspreis von 3.128,44 Euro je Quadratmeter und 90 WE zum durchschnittlichen Preis von 4.340,23 €/qm. Diese Werte liegen unter den Hamburger Durchschnittswerten für Eigentumswohnungen. Deutlich darüber liegen allerdings die Spitzenwerte der Wohnungen, die weit überwiegend ja im Höchstgebot verkauft werden. Laut Senatsantwort auf unsere GA lagen die

höchsten Verkaufsergebnisse z.B. in der Steenkampsiedlung bei sage und schreibe 8.794 €/qm. Und auf die Frage, warum ein städtisches Wohnungsunternehmen solche Mondpreise jenseits jeder sozialen Orientierung nehmen könne, antwortete der Senat, dass »die Kaufpreise in der Steenkampsiedlung ... nach Auskunft der SAGA aus dem Marktgeschehen (resultieren«). Besser hätte es kein:e Spekulant:in formulieren können.

Und dann noch ein Wort zu den (Höchst-)Gebotsverfahren, zu denen wir in der vierten Anfrage (vom 29.9.) nachgehakt hatten. Darauf antwortete der Senat, dass das notarielle Gebotsverfahren »ein geeignetes und angemessenes Procedere« sei, das eine Käufer:innenauswahl »allein anhand objektiver Kriterien« gewährleiste. Wir haben uns gefragt, wodurch sich diese »objektiven Kriterien« wohl konkret auszeichnen würden. Auch durch soziale Aspekte? In der GA bekamen wir auf nochmaliges Insistieren die klare Ansage, »objektiv und sachgerecht« ist dieses Verfahren deswegen, weil die Gebote in Anwesenheit eines Notars bzw. einer Notarin geöffnet würden. Ansonsten gewinnt die Person mit dem höchsten Gebot. Wir lernen aus diesen sprachlichen Vertuschungen: Wenn der Senat auf objektive Kriterien abhebt, dann ist damit immer die höchste Summe gemeint.

Es gibt aber auch etwas Positives zu berichten. Auch um zu zeigen, dass parlamentarische Opposition etwas bewegen kann, ja, dass selbst Schriftliche Kleine Anfragen und auch Anfragen bisweilen ihre unmittelbaren Auswirkungen zeitigen – weil es dem Senat doch zu blöde, zu peinlich oder was auch immer war, einfach weiterzumachen und Kritik schlicht zu ignorieren. Dafür drei Beispiele:

Das Bekanntwerden, dass entgegen eigener Angaben in der zweiten SKA (vom 18.9.) 25 Mio. € aus den SAGA-»Überschüssen« am 30. Juni 2020 mal eben an die Stadtkasse abgeführt wurden (laut vierter SKA vom 29.9.), hatte zur Konsequenz – auch um diesen Raubzug an den SAGA-Mieter:innen zu kaschieren –, dass der Senat kurzerhand die Einrichtung eines »Stadtentwicklungsfonds Lebendige Quartiere« auf den Weg brachte (der Senatsantrag vom 27.10. wurde am 16.12. mit den Stimmen der Senatskoalition in der Bürgerschaft beschlossen). Allerdings kommt dieses Geld nicht unbedingt den SAGA-Mieter:innen zugute, sondern soll laut GA »insbesondere in Quartieren mit hoher Einwohnerdichte verwendet werden«.

In der zweiten SKA (vom 18.9.) war danach gefragt worden, wie denn die Auflagen bei Wohnungsverkäufen (Pflicht zur Selbstnutzung für mindestens acht Jahre, Weiterverkauf nach frühestens 30 Jahren) von der SAGA über einen längeren Zeitraum geprüft würden. Die Antwort: Überprüfungen erfolgten nur im Einzelfall, eine IT-gestützte Dokumentation gebe es nicht und Unterlagen aus der Zeit vor 2010 seien sowieso vernichtet worden... In der vierten SKA (vom 29.9.) räumte der Senat auf unsere neuerlich vorgetragene Kritik mangelnder Datenpflege und Überprüfungsmöglichkeiten immerhin ein, dass »zukünftig ... die Prüffälle zentral und IT-gestützt dokumentiert werden.« Geht doch!

Eine (zu) späte Einsicht

Seit 2010 fordert die Fraktion DIE LINKE, keine einzige SAGA-Wohnung und auch kein einziges Reihenhäuser zu verkaufen und damit zu privatisieren. Ein (weiterer) Antrag aus 2012 brachte immerhin schon einen Teilerfolg: Der Verkauf von Reihenhäusern wurde gestoppt, Wohnungen sollten nur noch in so genannten »anprivatisierten« Wohnhäusern verkauft werden dürfen.

Vor fünf Monaten wurde ein erneuter Antrag der LINKEN von Rot-Grün noch mit Vehemenz abgelehnt. Die zahlreichen Anfragen, zuletzt die aktuelle Große Anfrage und der öffentliche Druck (auch durch die Berichterstattung von Hinz&Kunzt und der Mopo), führten dazu, dass am 11. März 2021 die SAGA und der Senat verkündeten, dass »die letzten verbliebenen Aktivitäten zur Privatisierung von Wohnungen eingestellt« würden.

Senatorin Stapelfeldt: »Wichtigste Maßgabe der SAGA als städtisches Unternehmen ist es, bezahlbaren Wohnraum für Hamburg dauerhaft sicherzustellen.« Eine (zu) späte Einsicht für über 3.500 bereits verkaufte Wohnungen.

Doch den Clou, das dritte Beispiel, habe ich mir bis zuletzt aufgespart. Die Senatsantwort auf unsere GA wurde **am 11. März um 11.17 Uhr** von der Bürgerschaftskanzlei an die Fraktionen verschickt. Und der erste Satz der Senatsantwort eröffnet mit einem Paukenschlag: »Seit Dezember 2020 besteht ein Verkaufsmoratorium, durch das das Verkaufsprogramm »Endlich meins« grundsätzlich eingestellt worden ist. Es wird nur noch in begründeten Ausnahmefällen mit Blick auf den Vertrauensschutz und nach Vorstandsfreigabe an Mieterinnen und Mieter in den bekannten Verkaufslagen, soweit diese nicht in Szenevierteln oder in Quartieren mit Sozialer Erhaltungsverordnung liegen, verkauft.« Tatsächlich war davon – von wegen seit Dezember 2020 – bisher nichts bekannt. Und die Angelegenheit scheint in den letzten Wochen offenbar durch die am 11. Februar eingereichte Große Anfrage in Fahrt gekommen zu sein, denn **am 11. März um 11.27 Uhr**, ich saß gerade an der Fertigstellung dieses Beitrages, lief eine Pressemitteilung der SAGA ein, wonach diese »ihre letzten verbliebenen Aktivitäten zur Privatisierung von Wohnraum eingestellt« habe, mit Ausnahme von Fällen, bei denen Mieter:innen bereits Kaufangebote unterbreitet wurden, und »bei wenigen Einzelobjekten, die durch besondere Bedingungen nicht wirtschaftlich nachhaltig durch die SAGA betrieben werden können« – was allerdings immer noch »1.050 Einheiten im Verkaufspool« (offenbar Wohn- und Gewerbeobjekte) ausmacht. »Diese Zahl wird durch Mieterinnen und Mieter, die ausziehen und ein bestehendes Kaufangebot nicht wahrnehmen wollen, kontinuier-

lich sinken. Ihren Nachfolgerinnen und Nachfolgern wird kein Kauf mehr angeboten.«

Seit 2010 kritisiert die Linksfraktion den Verkauf von SAGA-Wohnungen, zuerst der damalige Abgeordnete und stadtentwicklungspolitische Sprecher Joachim Bischoff, zuletzt Heike Sudmann mittels der besagten Kleinen Anfragen und die Fraktion insgesamt durch die hier zugrundeliegende Große Anfrage, insbesondere durch ihren jüngsten eingebrachten Antrag vom 28. September 2020 mit dem Titel »Den Verkauf weiterer Wohnungen der SAGA endlich stoppen!« (Drs. 22/1442). Die SPD und die GRÜNEN haben unseren Antrag auf der Bürgerschaftssitzung am 30. September 2020 in sämtlichen Punkten abgelehnt. Gut fünf Monate später tönt die SPD-Bürgerschaftsfraktion in ihrer Pressemitteilung vom 11. März: »Verkaufsstopp bei der SAGA: »Ein kräftiges Signal für den Hamburger Wohnungsmarkt«. Darin wird Martina Koeppen, die Fachsprecherin für Stadtentwicklung und Wohnen der SPD-Bürgerschaftsfraktion, u.a. mit diesen Worten zitiert: »Der Verkaufsstopp ist der nächste wichtige Schritt zum Schutz und Erhalt bezahlbarer Mietwohnungen in Hamburg.« Vor gut fünf Monaten, in der o.a. Bürgerschaftsdebatte zum Antrag der Linksfraktion, hat sie noch diese Position bezogen: Nachdem sie, wie immer, auf den Wohnungsbau in Hamburg im Allgemeinen verwiesen und die Bestandsverwaltung und den Neubau als »Kerngeschäft« der SAGA bezeichnet hat, meint sie mit Blick auf deren Verkaufsprogramm weiter, wir »müssen jetzt mit diesen Konsequenzen leben und verantwortungsvoll damit umgehen«, meint: eine Aussetzung des Verkaufsprogramms komme nicht infrage. Und ganz ähnlich Olaf Duge, ihr grüner Fachkollege. Auch er bedauerte das unter CDU-Zeiten eingeführte Verkaufsprogramm, vergaß aber zu erwähnen, dass die SPD bereits seit 2011 und zusätzlich die

Den Antrag der Linksfraktion (»Den Verkauf weiterer Wohnungen der SAGA endlich stoppen!«) vom 28. September 2020, Drs. 22/1442, gibt es hier:

https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/72609/den_verkauf_weiterer_wohnungen_der_saga_endlich_stoppen.pdf

Und die komplette Bürgerschaftsdebatte dazu vom 30. September 2020 lässt sich über das Plenumspotokoll (**S. 708-711**) **nachvollziehen:** www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/73389/plenarprotokoll_22_11.pdf#page=66

GRÜNEN seit 2015 Senatsverantwortung tragen, recht viele Jahre, in denen das so gescholtene Programm schon längst hätte ausgesetzt und – nur so als Idee – der Antrag der Linksfraktion hätte angenommen werden können. Duge rettet sich mit dem schönen Verweis darauf, dass die GRÜNEN ja schon »2012 den Senat gebeten (haben), der SAGA ins Stammbuch zu schreiben, nur noch Verkaufsvorgänge in anprivatisierten Häusern abzuschließen und dabei insbesondere darauf zu achten, dass, wenn möglich, nur an die vorhandenen Mieterinnen und Mieter verkauft wird, sowie Maßnahmen zu ergreifen, um Spekulationen mit den verkauften Wohnungen zu verhindern.«

Die mittlerweile zehnjährige Geschichte der SAGA-Privatisierungspolitik unter sozialdemokratischer Ägide, durch die GRÜNEN seit 2015 vollständig mitgetragen – ein Trauer- und ein Lehrbeispiel.

Das Hamburger Forum für Interkulturelles Zusammenleben und die Staatsverträge mit muslimischen Gemeinden

Digitale Veranstaltung aus dem Altonaer Museum: **Staatsverträge – Warum sind sie für Hamburg wichtig? Sonntag, 28. März 2021, 15.00 bis 17.00 Uhr**

Vor acht Jahren schloss der Hamburger Senat u.a. mit muslimischen Verbänden einen Staatsvertrag. Diese Vereinbarungen fanden und finden bundesweit Beachtung, weil sie bisher nur in Hamburg und Bremen existieren. Das Miteinander war nicht immer spannungsfrei. In zwei Jahren soll geprüft werden: Was hatten sich die Seiten erhofft, was haben die Verträge gebracht, wo stehen wir heute, wie soll es weitergehen?

Über dieses Thema sprechen: **Kirsten Fehrs**, Bischöfin der ev.-luth. Kirche in Norddeutschland; **Usama Bint Nasir**, Mitglied des muslimischen Familienvereins e.V.-Masjid Rahma; **Aydan Özoğuz**, Mitglied des Deutschen Bundestages, Staatsministerin a.D.; **Jan Pörksen**, Staatsrat in der Senatskanzlei; **Fatih Yildiz**, Co-Vorsitzender der SCHURA e.V. Hamburg; Begrüßung: **Dr. Anja Dauschek**, Direktorin des Altonaer Museums, Moderation: **Reiner Scholz**, Journalist, Hamburger Forum für Interkulturelles Zusammenleben (HAFIZ).

Die Veranstaltung wird gestreamt und ist u.a. unter folgendem Link zu sehen: www.youtube.com/watch?v=yXmTI5yxez4. Weitere Informationen werden rechtzeitig auf der Facebook-Seite des Hamburger Forums für interkulturelle Zusammenarbeit veröffentlicht bzw. können unter der Email-Adresse hafiz-hamburg@posteo.de erfragt werden.

Der NSU in Hamburg: Unterlassene Aufklärung und Kontinuität rassistischer Gewalt

Eine Seminarankündigung der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Vor 20 Jahren, am 27. Juni 2001, ermordete der »Nationalsozialistische Untergrund« (NSU) in Hamburg den Obst- und Gemüsehändler Süleyman Taşköprü. Gut zehn Jahre später, im November 2011, enttarnten sich seine Mörder selbst. Doch gerade in Hamburg sind viele Fragen bisher unbeantwortet, wurde auch nur der Versuch ihrer Aufklärung be- und verhindert. Denn als einziges NSU-Tatortland hat Hamburg, hat die Bürgerschaft keinen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss eingerichtet. Deshalb, und weil auch der Münchner NSU-Prozess keine Aufklärung des NSU-Komplexes leistete, ist bis heute unbeantwortet, warum Süleyman Taşköprü sterben musste.

Während eines fünftägigen **Bildungsurlaubsseminars vom 9. bis 13. August 2021** wollen wir die offenen Fragen thematisieren: Welche Rolle spielte die militante Hamburger Neonaziszene, insbesondere ihre gut vernetzten zentralen Figuren, im NSU-Netzwerk und beim Mord an Süleyman Taşköprü? Warum haben die Hamburger Strafverfolgungsbehörden ein rassistisches Mordmotiv nicht einmal in Erwägung gezogen und in alle Richtungen, aber nicht nach rechts ermittelt, obwohl doch der Mord an Süleyman Taşköprü nicht der erste rassistische Mord in Hamburg war? Warum setzen sie sich bis heute nicht mit ihren strukturell rassistischen Ermittlungen auseinander, die eine Aufklärung des Mordes verhinderten? Wen und was hat eigentlich der Hamburger Verfassungsschutz geschützt? Wie reagierte die Gesellschaft auf die Mordserie, und welche Rolle spielten die (Hamburger) Medien?

Auf unserer fünftägigen Seminarwoche wollen wir über die unterlassene Aufklärung der NSU-Morde in Hamburg sprechen, die Kontinuität rassistischer Gewalt in der Stadt thematisieren und hierfür mit politischen Aktivist:innen, Journalist:innen und Sozialwissenschaftler:innen, die sich für Aufklärung im NSU-Komplex einsetzen, diskutieren.



Die Leitung dieses Seminars der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) obliegt Christiane Schneider, von 2008 bis 2020 Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft (Die Linke).

Der Teilnahmebeitrag beträgt 90 Euro, ermäßigt 50 Euro. Das von der hamburgischen Landeszentrale für politische Bildung geförderte Seminar wird als gesetzlicher Bildungsurlaub angeboten. Die Teilnahme ist nach bisherigem Stand auf zehn Personen beschränkt, wer teilnehmen will, sollte sich deshalb rasch anmelden. Das Anmeldeformular kann auf der Seite der RLS Hamburg heruntergeladen werden: https://hamburg.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/GFTVU/nsu-in-hamburg—unterlassene-aufklaerung-und-kontinuitaet-rassistischer-gewalt?cHash=1eb731969a0f727c8f-91762b884aa34f&fbclid=IwAR0hmWetd3BhRYkA6Zuku0aHBztHMDVtQ-2JW2D4GTodEDHXVMOLz26iUScAM.

Warum sind Staatsverträge für Hamburg wichtig?

Von Christiane Schneider, Mitglied der Bürgerschaft 2008 bis 2020



Demo in Hamburg, Mai 2019 (Foto: Christiane Schneider)

Das Altonaer Museum mit seiner Sonderausstellung »Glaubensfreiheit!« ist ein guter – wengleich zurzeit leider nur digitaler bzw. seit 12. März eingeschränkt geöffneter – Ort für die erste Veranstaltung des »Hamburger Forums für interkulturelles Zusammenleben« (HAFIZ). Warum? Ist die Glaubensfreiheit in Hamburg etwa bedroht? Auf den ersten Blick ist man geneigt, die Frage deutlich mit Nein zu beantworten. Auf den zweiten Blick jedoch zeigen sich einige Probleme im Zusammenhang mit dem Staatsvertrag mit den muslimischen Verbänden, die sich zu einer Gefahr für die Glaubensfreiheit auswachsen können. Das ist der Hintergrund, vor dem sich 2020 eine bunt zusammengesetzte Gruppe einiger Hamburgerinnen und Hamburger aus Wissenschaft, Kultur, Gesellschaft und Politik zusammengefunden hat. Auf der Facebook-Seite der Gruppe schrieb der ehemalige Staatsrat Volkmar Schön (CDU), der die Verträge mit den muslimischen Verbänden und der alevitischen Gemeinde maßgeblich verhandelte: »... wir bilden die gesamte Breite der demokratischen politischen Landschaft ab. Weil wir der Überzeugung sind, dass unser Anliegen nicht einfach das Anliegen nur einer oder weniger Parteien sein darf. Sondern weil wir sicher sind, dass ein gelungenes und damit auch interreligiöses Zusammenleben Voraussetzung für eine friedliche Gesellschaft ist.«

Der Staatsvertrag mit den muslimischen Verbänden

Im Juni 2013 hatte die Hamburgische Bürgerschaft mit großer Mehrheit den Staatsverträgen mit den islamischen Gemeinschaften Schura, DITIB und VIKZ sowie mit der alevitischen Gemeinde zugestimmt. In den Jahren zuvor waren bereits Staatsverträge mit den christlichen Glaubensgemeinschaften und der Jüdischen Gemeinde geschlossen worden. Der Abschluss der Verträge mit den muslimischen Verbänden und der alevitischen Gemeinde, die die rechtlichen Kriterien einer Religionsgemeinschaft erfüllten, waren also eigentlich nur ein logischer Schritt: Er trug den großen Veränderungen Rechnung, die die Gesellschaft hin zu einer Einwanderungs-

gesellschaft in den vergangenen Jahrzehnten erfahren hatte. Er trug auch Entwicklungen im Islam Rechnung.

Der war im umfassenden Wortsinn in Deutschland angekommen. Er war dabei, sich aus den Hinterzimmern herauszuarbeiten. In den 1990er Jahren begannen in Hamburg muslimische Vereine, Strukturen zu entwickeln in der Absicht, »sich zur deutschen Gesellschaft hin (zu) öffnen ... und mit der Gesellschaft auf allen Ebenen in einen Diskurs (zu) treten«. Das mündete 1999 in die Gründung der Schura, die ihrem Anspruch nach allen islamischen Vereinen in Hamburg offenstand, unabhängig von ihrer ethnischen Prägung und unabhängig davon, ob es sich um sunnitische oder schiitische Vereine handelt. Eine bemerkenswerte Leistung, die bis heute kaum richtig gewürdigt wird, hat sie doch in einer Zeit, in der politische Konflikte in und zwischen islamisch geprägten Staaten im Mittleren Osten religiös aufgeladen sind, zum religiösen Frieden in Hamburg beigetragen. Jedenfalls wuchs mit der Schura, auch wenn sie nur einen Teil der Muslime in Hamburg repräsentiert, eine Kraft heran, die die Vielfalt des Islam widerspiegelt, sich ihr Selbstverständnis als islamische Religionsgemeinschaft in einem säkularen, demokratisch verfassten Rechtsstaat erarbeitete und zu einer wichtigen Ansprechpartnerin für die Freie und Hansestadt Hamburg wurde. In die Verhandlungen um einen Staatsvertrag konnten auch DITIB und VIKZ (Verband der Islamischen Kulturzentren) eingebunden werden; alle drei Verbände erfüllten die Kriterien einer Religionsgemeinschaft und wurden gemeinsam Vertragspartner der Stadt Hamburg. Der Abschluss der Staatsverträge brachte die islamischen Gemeinschaften und die alevitische Gemeinde einer Gleichstellung mit den anderen großen Religionsgemeinschaften ein ganzes Stück näher.

Die Zukunft der Verträge

Inzwischen sind Gegner:innen des Staatsvertrags mit den muslimischen Verbänden sehr viel lauter geworden – und vielfach auch in der Öffentlichkeit präsenter als zur Zeit des

Abschlusses der Verträge. Das hängt mit dem Erstarren der AfD zusammen, die unter der Fahne des »Kampfs gegen die Islamisierung« einen Kulturkampf zu entfachen versucht und die Religionsfreiheit für Muslime infrage stellt. In diesem Sinne hat sie in den letzten Jahren zahlreiche Anträge gegen den Staatsvertrag eingebracht und unzählige auf Diffamierung und Delegitimierung angelegte Kleine und Große Anfragen zum Islam im Allgemeinen und dem Staatsvertrag im Besonderen gestellt. Die CDU, die den Staatsvertrag mit den muslimischen Verbänden seinerzeit auf den Weg brachte, hat diesen Kurs leider verlassen und stellt den Vertrag infrage. Eine Rolle spielt auch die FDP bzw. die derzeit einzige FDP-Vertreterin in der Bürgerschaft: Sie erklärt den Vertrag mit den Muslimen ein ums andere Mal für »gescheitert« oder wirft dem Senat vor, ihn mit den »Falschen« abgeschlossen zu haben. In dieser Rolle wird sie von einigen Medien gerne als Kronzeugin gegen den Staatsvertrag angeführt, ohne sich jemals mit der Realität islamischen Lebens in Hamburg wirklich beschäftigt zu haben.

Was die bunt gemischte Gruppe von Menschen, die sich in den vergangenen Jahren in unterschiedlichen Positionen und auf unterschiedliche Weise in Sachen Staatsvertrag mit den muslimischen Verbänden engagiert haben, zusammengeführt hat, kann man so zusammenfassen: Wir sind an der friedlichen Lösung von Problemen und Konflikten und an einem funktionierenden interkulturellen und damit auch interreligiösen Zusammenleben interessiert. Und wir wollen in der Öffentlichkeit für die Staatsverträge werben. In zwei Jahren nämlich werden die Erfahrungen mit diesen Verträgen überprüft, das sieht der Vertrag vor.

Natürlich gibt es viele Probleme und im Laufe der Jahre auch immer wieder mal Konflikte, die nicht zuletzt aus den politischen und finanziellen Abhängigkeiten einiger islamischer Vereine von auswärtigen Staaten resultieren. Diese Abhängigkeiten haben ihre eigene lange Geschichte, sie hängen vielfach mit der Religionsverfassung in den Herkunftsländern zusammen, aber auch mit dem Hinterhof- und Hinterzimmerdasein, in das die muslimischen Gläubigen in Deutschland jahrzehntelang gedrängt waren, und sie sind nicht mit einem Federstrich zu beseitigen. Und ja, aus dem jahrzehntelangen Hinterzimmerdasein islamischen Lebens

resultieren eine Menge Probleme und anhaltende Benachteiligungen. Man muss nur einmal den Zustand der Moscheen in den Blick nehmen. Oder die bundesweit nahezu vollständige Nichtrepräsentanz von Muslimen in den Kontrollgremien der Rundfunkanstalten, die sicher dazu beiträgt, dass in der Abbildung der Meinungsvielfalt die Perspektiven muslimischer Gläubiger weitestgehend fehlen. Die Reihe der Benachteiligungen ließe sich fortsetzen.

Die Staatsverträge sind wichtig und zu erhalten

Aber die Konflikte und Probleme sprechen nicht gegen, sondern für den Staatsvertrag mit den muslimischen Verbänden. Da diese die Kriterien erfüllen, die für die Anerkennung als Religionsgemeinschaften gelten, war der Abschluss des Staatsvertrages ein Gebot der staatlichen Neutralitätspflicht. Es gibt in Deutschland keine Staatskirche mehr. Das ist eine Errungenschaft der Weimarer Republik, die die Jahrhunderte alte Verbindung von Thron und Altar beendete. Gerade weil der Staat säkular verfasst ist, gilt gegenüber den Religionsgemeinschaften das Gleichbehandlungsgebot. Mit den Staatsverträgen mit den muslimischen Verbänden und der alevitischen Gemeinde – der Vertrag mit ihnen ist nicht umstritten – trägt die Stadt der kulturellen Vielfalt unserer Gesellschaft Rechnung und garantiert das Grundrecht der muslimischen und alevitischen Gläubigen, ihren Glauben zu leben und als Muslime, als Aleviten gleichberechtigt am sozialen, kulturellen und politischen Leben teilzuhaben. Eine Aufkündigung der Verträge käme einem Eingriff in das Grundrecht der Glaubensfreiheit gleich. Die Verträge sind zugleich Grundlage, Konflikte zu thematisieren und zu Klärungen zu kommen. Dass das gelingen kann, zeigt die Tatsache, dass das »Islamische Zentrum Hamburg« (IZH) seine Beteiligung an den höchsten problematischen antiisraelischen Demonstrationen am jährlichen Al Ouds-Tag nach 2018 beendet hat. Aber das ist nur eine der positiven Seiten der Verträge. Wichtig ist insgesamt, dass sie Probleme und Aufgaben bündeln, die im Sinne eines gleichberechtigten Zusammenlebens gelöst werden müssen, und dass sie die rechtliche Grundlage für Lösungen bieten. Das bisher wichtigste materielle Ergebnis der Verträge ist die gleichberechtigte Realisierung des Religionsunterrichts für alle. Ansonsten ist noch eine ganze Menge zu tun.



Demo in Hamburg, Mai 2019 (Foto: Christiane Schneider)

Kultur Tipp: Die Museen sind zurück!

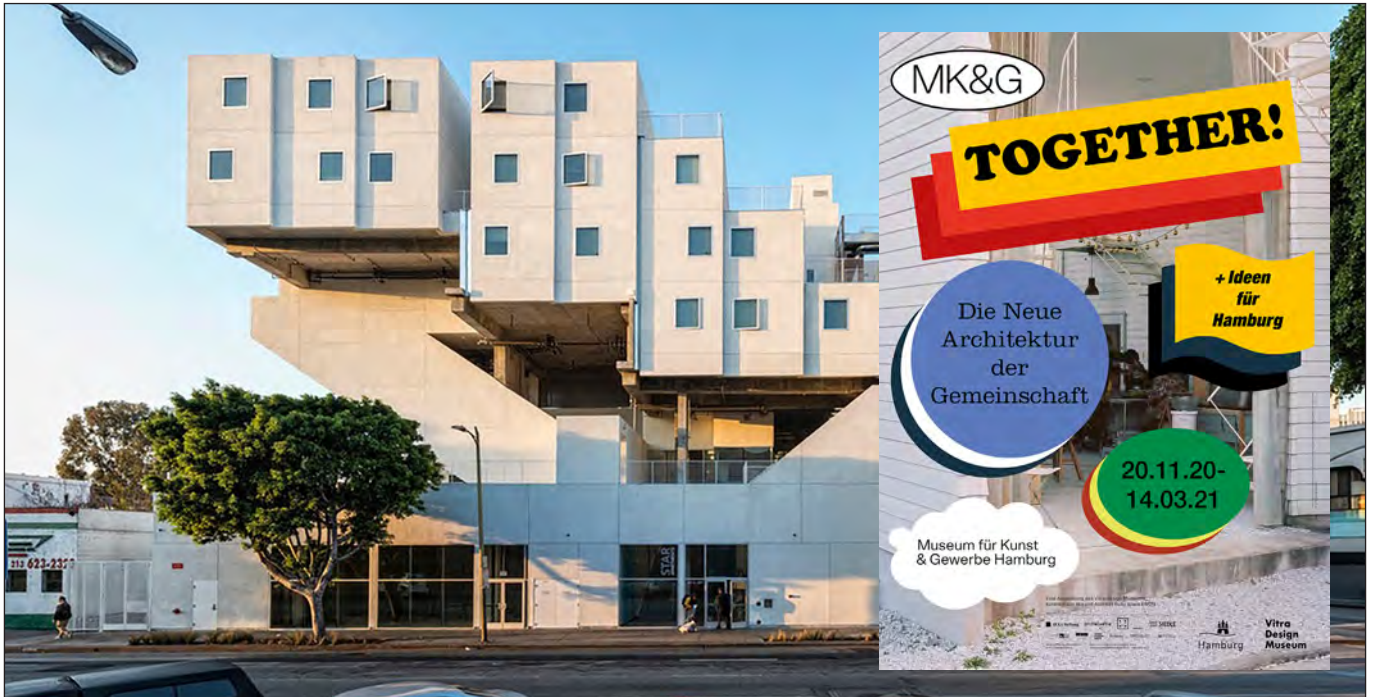


Foto: Museum für Kunst und Gewerbe

Es ist soweit, die Hamburger Museen öffnen nach langer, pandemiebedingter Schließung am 12. März wieder ihre Tore. Allerdings müssen überall online Voranmeldungen getätigt werden, um den Zustrom zu kanalisieren. Auf eine bemerkenswerte Ausstellung haben wir bereits in der Dezemberausgabe des »Bürger:innenbriefs« (und im voranstehenden Beitrag von Christiane Schneider) hingewiesen, die dann aber im Rahmen des Lockdowns gleich wieder geschlossen wurde und nur durch einen virtuellen Rundgang erlebbar war. Jetzt lässt sich die Ausstellung »Glaubensfreiheit. Gegeben und gefordert – seit 1601« im Altonaer Museum (Museumstraße 23) wieder live besichtigen, nach entsprechender Terminbuchung: <https://shmh.de/de/altonaer-museum>.

Unser Kultur Tipp für den März ist konkret die Ausstellung »Together! Die neue Architektur der Gemeinschaft«, die noch bis zum 5. April im Museum für Kunst und Gewerbe (MKG, Steintorplatz) zu sehen ist. Bei dieser offenbar recht aufwendigen Präsentation handelt es sich um eine Arbeit des Vitra Design Museums. »Anhand von Modellen, Filmen und einer Cluster-Wohnung im Maßstab 1:1 präsentiert die Ausstellung im MKG eine Vielzahl von Beispielen aus Europa, Asien und den USA. Historische Vorläufer veranschaulichen zugleich die Geschichte der gemeinschaftlichen Architektur – von

den Reformideen des 19. Jahrhunderts bis hin zur Hippie- und Hausbesetzer:innenszene«, heißt es in der Museumsankündigung. Ergänzt wird dieser weit über Hamburg und auch Deutschland reichende Blick durch einen hamburgspezifischen Teil, den die Kurator:innen Ilka und Andreas Ruby im Auftrag der Stadtentwicklungsbehörde entwickelt haben. Dabei steht genossenschaftliches Wohnen in Hamburg in den 1950/70er Jahren im Mittelpunkt (www.mkg-hamburg.de/de-ausstellungen/aktuell/together.html).

Leider bestand noch keine Möglichkeit, sich selbst einen Eindruck von der Ausstellung zu verschaffen, aber die »TAZ Nord« hat Anfang März eine differenzierte Vorwegbesprechung geliefert (<https://taz.de/Wie-wir-wohnen-wollen-werden/!5755668/>). Den Ausführungen von Falk Schreiber ist u.a. zu entnehmen, dass den vorgestellten gemeinschaftlichen Wohnformen doch ein wenig die Mittelstandsorientierung anzumerken sei, dagegen eine klassenbezogene Perspektive völlig vernachlässigt wird. Nichtsdestoweniger scheint die Ausstellung, gerade auch der Hamburger Anteil, allerhand Anregungen vorzuhalten. Wovon sich jede/r im Voraus einen Eindruck über Videorundgänge und Zoomeinführungen auf der Museums-Website verschaffen kann. Zum Online-Ticketshop des MKG geht es hier: www.mkg-hamburg.de/de/.

Mit diesem Bürger:innenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen Bürger:innenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Burchardstraße 21, 20095 Hamburg; Sabine Boeddinghaus, Abgeordnetenbüro Wallgraben 24, 21073 Hamburg